

SERGEJ SLUTSCH

17. SEPTEMBER 1939: DER EINTRITT DER SOWJETUNION IN DEN ZWEITEN WELTKRIEG*

Eine historische und völkerrechtliche Bewertung

I.

Nicht allein die Beziehungen zwischen Moskau und Berlin, die gesamte Außenpolitik der Sowjetunion wurde stark geprägt durch die am 23. August und 28. September 1939 abgeschlossenen deutsch-sowjetischen Abkommen. Die hier beschlossene Teilung Europas in Interessengebiete verschaffte dem Kreml Handlungsspielraum, so daß er seine außenpolitische Expansion gegen mehrere angrenzende Staaten nun erst richtig entfalten konnte. Der Beginn des Zweiten Weltkriegs, die Ablehnung einer Zusammenarbeit mit Großbritannien und Frankreich und schließlich die Unterstützung durch Deutschland gaben der sowjetischen Führung die Möglichkeit, die Grenzen ihres Reiches weit nach Westen hinauszuschieben und, wie das Mitglied des Politbüros Lazar Kaganowitsch formulierte, sich der Staaten zu „bemächtigen“¹, die gemäß Absprache der „Interessensphäre“ der UdSSR zugeordnet waren. Das hieß, daß man diese Staaten annektieren, sich dabei aber gleichzeitig aus dem großen Krieg heraushalten wollte. Daß die Führung in Moskau gegenüber dem am 1. September 1939 entfesselten Zweiten Weltkrieg mindestens bis 17. September keinerlei offizielle Haltung bezogen hatte, ist symptomatisch für ihr außenpolitisches Lavieren.

An dem Tag konstatierte der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare, Wjatscheslaw Molotow, in einer Rundfunkansprache anlässlich des Einmarsches der Roten Armee in Polen, daß die sowjetische Regierung bis zum letzten Augenblick neutral geblieben sei. Aufgrund der neuen Lage sei dies nun aber nicht mehr möglich. Deshalb habe sie eine Kopie ihrer Note an den polnischen Botschafter in Moskau auch an die Regierungen aller Länder geschickt, zu denen sie diplomatische Beziehungen unterhalte. Darin versicherte Moskau, „die Sowjetunion betreibe gegenüber allen diesen Ländern eine Politik der Neutralität“².

* Der vorliegende Beitrag ist Teil eines von der Russischen Gesellschaftswissenschaftlichen Stiftung getragenen Projekts (Grant Nr. 96-01-00444).

¹ Stenogramm der Rede des Politbüromitglieds, Volkskommissars für Eisenbahnverkehr, Lazar Kaganowitsch, auf der Kollegiums-Sitzung des Volkskommissariats für Eisenbahnverkehr vom 27. 11. 1939, in: Russisches Staatliches Archiv für soziale und politische Geschichte (künftig: RGASPI, ehemals RCChIDNI), f. 81, op. 3, d. 333, l. 136.

² Izwestija, 18. 9. 1939, S. 1 (Hervorhebung durch den Autor).

Diese Erklärung ist nicht mit einer grundsätzlich neutralen Haltung der Sowjetunion zu verwechseln; ihre „Neutralität“ betraf lediglich die erwähnten Staaten, insgesamt 23 an der Zahl. Diese Haltung deckte sich im Grunde mit der Erklärung Hitlers vom 1. September, der von Verteidigungsaktivitäten, beinahe schon von einer Art „Polizeiaktion“ gegenüber Polen sowie von seiner Absicht gesprochen hatte, den Status der neutralen Staaten „peinlichst [zu] beachten“, solange diese neutral blieben³. Was davon zu halten war, zeigte sich im Herbst 1940: Andrej Schdanow, Politbüromitglied und Stalin-Vertrauter, erklärte unter dem Gelächter der Anwesenden: „Wir haben eine eigenartige Neutralität – ohne Krieg zu führen, gewinnen wir gewisse Gebiete hinzu.“⁴

In westlichen Studien, die sich mit den deutsch-sowjetischen Beziehungen oder der sowjetischen Außenpolitik in der Zeit von August 1939 bis Juni 1941 befassen, wurde die eher akademische Frage nach dem Beitritt der UdSSR zum Zweiten Weltkrieg so gut wie kaum gestellt⁵. Statt dessen stehen hier die deutsch-sowjetische Kooperation⁶, die Unterstützung Deutschlands durch die Sowjetunion und sogar deren Bündnisbeziehungen⁷ nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs im Vordergrund. Einzelne Arbeiten charakterisieren die Vorgänge vom 17. September 1939 als sowjetische Invasion⁸, es ist vom expansionistischen Charakter der sowjetischen Außenpolitik die Rede,

³ Rede Adolf Hitlers im Reichstag am 1. 9. 1939, in: Max Domarus, *Hitler. Reden und Proklamationen 1932 bis 1945*, Bd. II: *Untergang (1939–1945)*, München 1965, S. 1314.

⁴ Stenogramm der Rede Andrej Ždanovs auf der Vereinigten Tagung der Leningrader Gebiets- und Stadtleitung der VKP(b) am 30. 11. 1940, in: RGASPI, f. 77, op. 1, d 913, l. 119. Der Autor dankt Herrn Dr. Vladimir Nevežin, der ihn auf dieses Dokument hingewiesen hat.

⁵ Vgl. Hans-Günther Seraphim, *Die deutsch-russischen Beziehungen 1939–1941*, Hamburg 1949; Angelo Rossi, *Zwei Jahre deutsch-sowjetisches Bündnis*, Köln/Berlin 1954; Gerhard L. Weinberg, *Germany and the Soviet Union 1939–1941*, Leiden 1954; Philipp W. Fabry, *Der Hitler-Stalin-Pakt 1939–1941. Ein Beitrag zur Methode sowjetischer Außenpolitik*, Darmstadt 1962; ders., *Die Sowjetunion und das Dritte Reich. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen von 1933 bis 1941*, Stuttgart 1971; Hans Hartl/Werner Marx, *Fünfzig Jahre sowjetische Deutschlandpolitik*, Boppard a. Rhein 1967; Sebastian Haffner, *Der Teufelspakt. Fünfzig Jahre deutsch-russische Beziehungen*, Reinbek 1968; Friedrich A. Krummacker/Helmut Lange, *Krieg und Frieden. Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Von Brest-Litowsk zum Unternehmen Barbarossa*, München 1970; Barry A. Leach, *German strategy against Russia 1939–1941*, Oxford 1973; Sven Allard, *Stalin und Hitler. Die sowjetisch-russische Außenpolitik 1930–1941*, Bern/München 1974; Andreas Hillgruber, *Sowjetische Außenpolitik im Zweiten Weltkrieg*, Königstein/Düsseldorf 1979; Antony Read/David Fisher, *The deadly Embrace. Hitler, Stalin and the Nazi-Soviet Pact 1939–1941*, New York/London 1988; Richard C. Raack, *Stalin's Drive to the West 1938–1945. The Origins of the Cold War*, Stanford 1995; Geoffrey Roberts, *The Soviet Union and the Origins of the Second World War. Russo-German Relations and the Road to War, 1933–1941*, Basingstoke/London 1995.

⁶ Vgl. Bianka Pietrow, *Stalinismus – Sicherheit – Offensive. Das Dritte Reich in der Konzeption der sowjetischen Außenpolitik 1933 bis 1941*, Melsungen 1983, S. 141 ff.

⁷ Vgl. Bernd Stegemann, *Politik und Kriegführung in der ersten Phase der deutschen Initiative*, in: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 2, Stuttgart 1979, S. 17 ff.

⁸ Vgl. beispielsweise Gerhard L. Weinberg, *Eine Welt in Waffen. Die globale Geschichte des Zweiten Weltkriegs*, Stuttgart 1995, S. 74.

wobei – und dies erscheint als maßgeblich – die Neutralität der UdSSR im Zweiten Weltkrieg gewissermaßen a priori vorausgesetzt wird. Während über den „18 Tage dauernden Polenfeldzug der Roten Armee“ minutiös berichtet wird⁹, wird die Neutralität des Aggressors bis zum 22. Juni 1941 kaum in Frage gestellt¹⁰.

Ungleich größer ist das Interesse, das die jüngere russische Geschichtsschreibung dieser Frage entgegenbringt; dabei sind durchaus kontroverse Standpunkte zu beobachten. Die Traditionalisten, die glücklicherweise ihr Monopol verloren haben und die veröffentlichten Dokumente nicht mehr völlig ignorieren können, versuchen, diese neuen Erkenntnisse in die schematischen Vorgaben der berüchtigten stalinistischen Propagandaschrift „Geschichtsfälscher“¹¹ zu pressen, die seit 1948 die sowjetische Sichtweise der Vorgänge von 1939 prägte, wobei sie nicht davor zurückschrecken, alle Andersdenkenden der Diskreditierung der „ruhmreichen Vergangenheit“ der Sowjetunion und der Mißachtung ihrer Interessen zu beschuldigen¹². Ein Diplomatiehistoriker wie Vilnis Sipols schildert etwa die Ereignisse Mitte September 1939 folgendermaßen: „[. . .] Berlin versuchte die Ereignisse in Polen als gemeinsame Aktion Deutschlands und der UdSSR darzustellen. Im Kreml jedoch hatte man nicht die Absicht, gemeinsame Sache mit Deutschland zu machen, vielmehr waren seine Maßnahmen faktisch gegen dieses gerichtet. [. . .] sowjetische Truppen überschritten die polnische Grenze und begannen die ukrainischen und weißrussischen Territorien zu befreien, die von Polen 1920 annektiert worden waren.“¹³

Aus Anlaß des sechzigsten Jahrestags des Beginns des Zweiten Weltkriegs versuchten die Traditionalisten unter den russischen Historikern erneut, die sowjetische Politik gegenüber Polen im September 1939 zu rechtfertigen. So erklärte Oleg Ržeševskij, daß „die UdSSR nach dem deutschen Einmarsch in Polen und dessen faktischem Zusammenbruch Truppen in die polnische Westukraine und das westliche Weißrußland einmarschieren ließ [. . .]“¹⁴. Diese Handlungsweise beschrieb er folgendermaßen: „Wir haben Territorien zurückgeholt, die früher zum zaristischen Rußland gehörten“, und weiter: „Aus juristischer Sicht wurde die Wiedervereinigung vollkommen korrekt durchgeführt [. . .]“¹⁵. Behauptungen wie diese genießen die Unterstüt-

⁹ Janusz Piekalkiewicz, Polenfeldzug. Hitler und Stalin zerschlugen die Polnische Republik, Bergisch Gladbach 1982, S. 273.

¹⁰ Eine Ausnahme bilden zwei nach ihrem wissenschaftlichen Wert sehr unterschiedliche Bücher, die die Teilnahme der UdSSR am Zweiten Weltkrieg seit dem 17. 9. 1939 mindestens erwähnen: Joachim Hoffmann, Stalins Vernichtungskrieg 1941–1945, München 1995, S. 19; Aleksandr M. Nekrich, Patriots, partners, predators. German-Soviet relations, 1922–1941, New York 1997, S. 128.

¹¹ Vgl. Geschichtsfälscher. Eine historische Richtigmessung, hrsg. vom Informationsbüro des Ministerrates der UdSSR, Moskva 1948.

¹² Vgl. Intervju s professorom Olegom Ržeševskim, in: Nezavissimaja gazeta, 20. 8. 1999, S. 6.

¹³ Vilnis Sipols, Tainy diplomatičeskie. Kanun Velikoj Otečestvennoj, 1939–1941, Moskva 1997, S. 130f.

¹⁴ Oleg Ržeševskij, Žestokij urok istorii. Načalo Vtoroj mirovoj vojny bylo predopredeleno eščo v nojabre 1918-go, in: Voennoe obozrenie. Eženedelnoe priloženie k „Nezavissimoj gazete“ Nr. 33, 1999, S. 5.

¹⁵ Intervju s professorom Olegom Ržeševskim (wie Anm. 12), S. 6.

zung offizieller Kreise; davon zeugt etwa die Presseerklärung des Außenministeriums zum 60. Jahrestag des 17. Septembers 1939, in der es insbesondere heißt: „Ohne die Handlungen des Stalinschen Regimes in der internationalen Arena zu rechtfertigen, darf man doch nicht außer acht lassen, daß sie in jener schwierigen Periode nicht so sehr vom Bestreben der Aneignung fremder Territorien diktiert waren, als vielmehr von der Notwendigkeit, die Sicherheit des Landes zu gewährleisten. Behauptungen des offiziellen Warschau und auch einiger seiner Vertreter im Ausland, daß am 17. September ein ‚aggressiver Akt der ehemaligen UdSSR gegen Polen‘ verübt worden sei, finden keine Grundlage in völkerrechtlichen Dokumenten und können nicht akzeptiert werden.“¹⁶ Doch gibt es noch eine ganz andere Taktik, welche die Traditionalisten der alten kommunistischen Historiographie abgeschaut haben; man verschweigt einfach die „unbequemen“ historischen Ereignisse, wie etwa den Angriff der UdSSR auf Polen im September 1939¹⁷.

Ungleich differenzierter und variantenreicher sind die Urteile über die sowjetische Außenpolitik der zweiten Hälfte der dreißiger und des Beginns der vierziger Jahre, die von jenem Lager der russischen Historiographie abgegeben werden, das sich nicht mit der bloßen Ausbesserung alter Schemata zufrieden geben kann und sich statt dessen auf eine empirische Erforschung dieser Fragen konzentriert. Als erster unter den russischen Historikern bezweifelte Michail Semirjaga das Dogma, daß die UdSSR bis zum 22. Juni 1941 neutral geblieben sei¹⁸. Jedoch ist er, selbst nach zehn Jahren, immer noch sehr vorsichtig mit seinen Wertungen; so glaubt er, daß die „These der ‚vollständigen Neutralität‘ der UdSSR überaus anfechtbar“ sei¹⁹. Es gibt eine ganze Reihe von Historikern, die diese Sicht teilen, deren Auffassungen sich allerdings in gewissen Nuancen unterscheiden. Während etwa Lev Gincberg schreibt, daß „am 17. September die Rote Armee, eine bereits früher getroffene Vereinbarung verwirklichend, in das polnische Territorium einfiel und die Westukraine und das westliche Weißrußland besetzte“²⁰, ist Aleksandr Tschubarjan der Meinung, daß das Resultat der sowjetischen Entscheidung vom 17. September, obwohl Moskau formal neutral geblieben sei, die Angliederung des östlichen Teils der polnischen Territorien an die Ukraine und Weißrußland war²¹. Entschieden weiter in ihren Schlüssen geht

¹⁶ Presseerklärung vom 14. 9. 1999, veröffentlicht auf der Homepage des Außenministeriums der Russischen Föderation: <http://www.mid.ru>.

¹⁷ Vgl. *Velikaja Otečestvennaja Vojna 1941–1945. Voenno-istoričeskie očerki*, 4 Bde. Bd. 1: *Surovyje ispytanija*, Moskva 1998, S. 30 f.; Evgenij N. Kul'kov, *Sovetskij Sojuz v voenno-političeskich planach nacistkoj Germanii (1933–1941 g.)*, in: *Rossija i Germanija. Vypusk 1*, hrsg. von Boris M. Tupolev, Moskva 1998, S. 304.

¹⁸ Vgl. Michail I. Semirjaga, *Sovetsko-germanskie dogovorenosti v 1939–ijune 1941 g. Vzgljad istorika*, in: *Sovetskoje gosudarstvo i pravo* 9 (1989), S. 98; ders., *Sovetsko-germanskie otnošenija (sentjabr' 1939–ijun 1941 gg.)*, in: *Sovetskaja vnešnjaja politika, 1917–1945 gg. Poiski novych podchodov*, hrsg. von Leonid N. Nežinski, Moskva 1992, S. 245.

¹⁹ Ders., *Sovetsko-germanskie otnošenija (1939–1941 gg.)*, in: *Rossija i Germanija, Vypusk 1*, S. 326.

²⁰ Lev Gincberg, *Prolog Vtoroj mirovoj vojny*, in: *Nezavissimaja gazeta*, 3. 9. 1999, S. 7.

²¹ Vgl. Aleksandr O. Čubarjan, *Sovetskaja vnešnjaja politika (1 sentjabrja–konec oktjabrja 1939 goda)*, in: *Vojna i politika, 1939–1941*, hrsg. von Aleksandr O. Čubarjan, Moskva 1999, S. 10, 15.

Natalja Lebedewa, die bekräftigt, daß, „indem sie ohne Kriegserklärung Einheiten der Roten Armee in Polen einmarschieren ließ und Kriegshandlungen gegen dessen Armee sanktionierte“, die Stalinsche Führung zugleich eine ganze Reihe sowjetisch-polnischer und internationaler Vereinbarungen verletzte, die von der UdSSR unterzeichnet worden waren²². Zu einem für sie etwas unerwarteten Resultat kommen einige marxistisch-leninistische Historiker, welche die marxistisch-leninistische scharf von der Stalinschen Phase der sowjetischen Geschichte abgrenzen. Sie schreiben, daß „mit dem Einmarsch ihrer Truppen in die westlichen Gebiete der Ukraine und Weißrußlands [. . .] die UdSSR faktisch in den Krieg eintrat“²³.

Solch widersprüchliche Bewertungen, bei denen die dahinter stehenden ideologischen Einflüsse mehr oder weniger stark zu erkennen sind, sind einmal mehr²⁴ ein Grund dafür, sich mit den zentralen Themen der deutsch-sowjetischen Beziehungen in der Zeit von September bis Dezember 1939 wie mit der Haltung der UdSSR zum beginnenden Zweiten Weltkrieg auseinanderzusetzen.

II.

In den ersten Monaten nach dem 23. August 1939 erreichten die Beziehungen zwischen Moskau und Berlin ihren Höhepunkt. Allerdings zeigte sich bereits in dieser Phase, welche unterschiedliche Auffassungen diese beiden Länder über ihre Zusammenarbeit hatten. Während des Polenfeldzugs war die deutsche Führung zu größten Zugeständnissen gegenüber dem sowjetischen Verbündeten bereit²⁵. Mit zunehmenden militärischen Erfolgen begann sich die Funktion der Sowjetunion in der deutschen Außenpolitik allerdings zu wandeln.

Etwas anders gestaltete sich demgegenüber die Rolle Deutschlands in der sowjetischen Außenpolitik.

Einige Tage vor dem Einfall deutscher Truppen in Polen hatte die sowjetische Führung auf nachdrücklichen Wunsch Berlins²⁶ (der deutsche Botschafter Friedrich Graf

²² Natal'ja S. Lebedeva, *Pol'ska meždu Germanijej i SSSR v 1939 godu*, in: *Vojna i politika*, S. 74.

²³ Andrej N. Mercialov/Ljudmila A. Mercialova, *Stalinizm i vojna*, Moskva 1998, S. 149.

²⁴ Im Mai 1991 wurde auf einer internationalen Konferenz in Wien im Beitrag des Verfassers die Frage nach dem Datum des Eintritts der UdSSR in den Zweiten Weltkrieg aufgeworfen. Vgl. Sergej Slutsch, *Der 22. Juni 1941 und die Frage nach dem Eintritt der Sowjetunion in den Zweiten Weltkrieg*, in: Hans Schafranek/Robert Streibel (Hrsg.), *22. Juni 1941. Der Überfall auf die Sowjetunion. Dokumentation eines Symposiums der Volkshochschule Brigittenau*, Wien 1991, S. 53–61.

²⁵ Die besondere Rolle, die die UdSSR in diesem Zeitraum in der deutschen Politik gespielt hat, bestätigen auch zahlreiche Veröffentlichungen in der deutschen Presse über die Sowjetunion. Deren Anzahl hat sich anscheinend seit dem 10. 10. 1939 reduziert, obwohl sie nach wie vor die „korrekte und freundliche Intonation“ bewahrt haben. Vgl. *Tagebuch des Presseattachés der sowjetischen Botschaft in Deutschland*, Andrej Smirnov, in: *Archiv der Außenpolitik der Russischen Föderation*, Moskau (künftig: AVP RF), f. 082, op. 22, p. 93, d. 7, l. 308 (Eintragung vom 20. 10. 1939).

²⁶ Vgl. *Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945* (künftig: ADAP), Serie D: 1937–1941, Bd. VII, Baden-Baden/Göttingen 1950–1970, Dok. 360, 382, 387, 388.

von der Schulenburg traf sich aus diesem Anlaß zweimal, am 27. und am 29. August, mit Molotow)²⁷ eine TASS-Erklärung²⁸ veröffentlichen lassen, in der die Meldungen einiger westlicher Zeitungen dementiert wurden, nach Abschluß des sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakts seien von den sowjetischen Westgrenzen Kräfte in einer Stärke von 200 000 bis 300 000 Mann abgezogen worden. Vielmehr, so die TASS, habe sich die sowjetische Führung entschlossen, die Garnisonen an den Westgrenzen zu verstärken. In Berlin sorgte diese Erklärung für volle Genugtuung, enthielt sie doch, erstens, eine an Polen adressierte Drohung, die es ihrer militärischen Führung erschwerte, alle Kräfte im Westen zu konzentrieren. Zweitens dürfte diese Meldung nicht die Bereitschaft der Westmächte gefördert haben, sich für Polen einzusetzen. Und drittens konnte Moskau nach seiner öffentlichen Ankündigung nun auch ganz offen seine Kräfte an der sowjetisch-polnischen Grenze aufmarschieren lassen, dabei aber den eigentlichen Zweck dieser Aktivitäten, die Vorbereitung eines Angriffskriegs, tarnen.

Noch folgenreicher war der Auftritt Molotows auf der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR am 31. August. Nachdem er unmißverständlich die Außenpolitik Deutschlands gerechtfertigt hatte, tat Molotow der ganzen Welt kund: „Heute ... haben [wir] aufgehört, Feinde zu sein.“²⁹ Bei seiner Charakterisierung des von beiden Staaten soeben geschlossenen Vertrags mußte Molotow darauf hinweisen, daß dieser Vertrag von dem abwich, was der Kreml angeblich vorher angestrebt habe. Er tat es in einer recht bezeichnenden Weise, indem er anmerkte, die sowjetische Führung habe seit langem eine Verbesserung ihrer Beziehungen zu Deutschland für wünschenswert gehalten, doch sei dies erst jetzt möglich geworden. „Allerdings handelte es sich im vorliegenden Fall nicht um einen Pakt zu gegenseitiger Hilfe, wie dies in den Verhandlungen zwischen England, Frankreich und der Sowjetunion der Fall war, sondern nur um einen Nichtangriffspakt.“ Da der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare zunächst die Umtriebe der Westmächte angeprangert hatte, die auf eine „Diskreditierung der Verhandlungen“ abgezielt hätten, verlieh sein unterschwellig demonstriertes Bedauern darüber, daß mit Deutschland „nur“ ein Nichtangriffspakt geschlossen worden sei, diesem eine gewisse Doppelsinnigkeit. Deswegen versicherte Molotow den anwesenden Abgeordneten, in erster Linie aber denjenigen, die voller Spannung im Ausland, vor allem in Berlin, auf seine Stellungnahme warteten, der Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und Deutschland sei nichtsdestoweniger „ein Wendepunkt in der Geschichte Europas, ja nicht nur Europas“. Damit hatte der sowjetische Regierungschef gewiß recht. Kennzeichnenderweise ließ es sich Hitler bereits am darauffolgenden Tag, in seiner Rede im Reichstag anläß-

²⁷ Vgl. ebenda, Dok. 353, Anm. 2, S. 297; Dok. 383, 424, 425, 447; God krizisa, 1938–1939. Dokumenty i materialy. T. 2, hrsg. vom MID SSSR [Außenministerium der UdSSR], Moskva 1990, Dok. 616, S. 337.

²⁸ Vgl. Izvestija, 30. 8. 1939, S. 6.

²⁹ Rede Molotovs auf der IV. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR am 31. 8. 1939, in: Izvestija, 1. 9. 1939, S. 1.

lich des Überfalls auf Polen, nicht nehmen, auf diese Äußerungen Molotows einzugehen, wobei er erklärte, er könne die Rede des russischen Außenkommissars Molotow „Wort für Wort unterschreiben“³⁰.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, daß die deutsche Führung bereits ab 3. September den Kremel zunehmend unter Druck setzte³¹. Den mit Ribbentrop abgesprochenen Einfall der Roten Armee in Polen hielt die deutsche Führung für unabdingbar, denn dies würde, so Ribbentrop, die deutsche Seite der Notwendigkeit entheben, „die Reste der polnischen Armee durch Verfolgung bis an [die] russische Grenze zu vernichten“³²; das würde – so Ribbentrop – „nicht nur Entlastung für uns sein, sondern auch im Sinne Moskauer Abmachungen sowie im sowjetischen Interesse liegen“³³. Das Oberkommando der Wehrmacht kam daher der sowjetischen militärischen Führung weit entgegen und informierte diese detailliert über die Stärke und Stationierung der polnischen Truppen in jenen Gebieten, auf die die geplante sowjetische Offensive zielte³⁴.

Das Tempo des deutschen Vormarsches in Polen überraschte die sowjetische Führung, war doch diese bestrebt, den Angriff der Roten Armee, auf den sich diese bereits seit Anfang September vorbereitet hatte, aus politischen Überlegungen hinauszuzögern³⁵. Erst am 11. September eröffnete die sowjetische Presse eine antipolnische Kampagne³⁶; gleichzeitig kam es zwischen Moskau und Berlin zu intensiven Konsultationen mit dem Ziel, die sowjetische Politik mit der deutschen abzustimmen, da Moskau sein „jetziges Eingreifen nach außen irgendwie begründen“ mußte³⁷. Bereits vorher hatte Stalin der Komintern-Führung einschlägige Weisungen erteilt, die in einer Direktive des Sekretariats des Exekutivkomitees der Komintern ihren Niederschlag fanden. Dort hieß es unter anderem, „das internationale Proletariat“ könne „auf keinen Fall das faschistische Polen in Schutz nehmen“³⁸.

Während sie ihre Offensive gegen Polen hinauszögerte, war die sowjetische Führung bestrebt, den Aufschub durch eine verdeckte militärische Zusammenarbeit, aber auch durch eine veränderte Tonalität ihrer Propaganda zu „kompensieren“. In Berlin wurde das mit großer Genugtuung zur Kenntnis genommen, die Propagan-

³⁰ Domarus, Hitler, S. 1315.

³¹ Vgl. Joachim von Ribbentrop an den Botschafter in Moskau, Friedrich Werner Graf von der Schulenburg, 3. 9. 1939, in: ADAP, Serie D, Bd. VII, Dok. 567, S. 450f.

³² Ribbentrop an Schulenburg vom 15. 9. 1939, in: ADAP, Serie D, Bd. VIII, Dok. 70, S. 54.

³³ Ribbentrop an Schulenburg vom 3. 9. 1939, in: ADAP, Serie D, Bd. VII, Dok. 567, S. 450f.

³⁴ Vgl. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn (künftig: PA/AA), R 29911, S. 23350.

³⁵ Vgl. Russisches Staatliches Militärarchiv, Moskau (künftig: RGVA), f. 35086, op. 1, d. 5, l. 1.

³⁶ Vgl. Sergej Slutsch, Vnešnepolitičeskoe obespečenie pol'skoj kampanii i Sovetskij Sojuz, in: *Meždunarodnye otnošenija i strany Central'noj i Jugo-Vostočnoj Evropy v načale Vtoroj mirovoj vojny (sentjabr' 1939–avgust 1940)*, hrsg. von Leonid Gibianskij, Moskva 1990, S. 25.

³⁷ Schulenburg an das Auswärtige Amt (AA) vom 16. 9. 1939, in: ADAP, Serie D, Bd. VIII, Dok. 78, S. 60.

³⁸ Direktive des Sekretariats des Exekutivkomitees der Komintern an die kommunistischen Parteien betreffend die Haltung gegenüber dem begonnenen Krieg vom 8. 9. 1939, in: *Komintern i Vtoraja mirovaja vojna*, T. I, Moskva 1994, Dok. 9, S. 89.

da-Abteilung im OKW zeigte sich beispielsweise erfreut über den „sachlichen“ Ton der sowjetischen Presse³⁹. Das erklärt, warum Werner von Tappelskirch, seines Zeichens Botschaftsrat an der deutschen Botschaft in Moskau, nun den Wunsch äußerte, der Moskauer Rundfunk möge „Meldungen über die innere und die militärische Situation in Polen in serbischer und in kroatischer Sprache bringen“, denn „Berichte aus Moskau hätten in Jugoslawien eine ganz andere Resonanz als Rundfunksendungen aus Berlin“⁴⁰. Mehr noch, auf einige sowjetische Presseartikel wurde von der deutschen Propaganda dezidiert immer wieder hingewiesen, wie etwa auf den der „Prawda“ vom 14. September „Über die inneren Ursachen der Niederlage Polens“⁴¹. Schon in diesen Tagen hatte sich die Seekriegsleitung in einer Lagebetrachtung veranlaßt gesehen, unter den drei mit dem Deutschen Reich befreundeten Mächten – Italien, Japan und Sowjetunion – letztere mit dem Hinweis hervorzuheben, daß von deren Seite die Unterstützung nun anzulaufen scheine⁴².

Als Schulenburg am 14. September das Auswärtige Amt über den Aufmarsch der Roten Armee informierte⁴³, handelte es sich nicht mehr um ein dilatorisches Manöver Moskaus. An diesem Tag hatte Stalin den Angriffstermin endgültig auf den 17. September gelegt und befohlen, „mit blitzschnellem Schlag die uns gegenüberstehenden Feindkräfte zu zerschlagen“⁴⁴.

Für diese, in ihrer Bedeutung kaum zu unterschätzende Operation wurden Kontingente aufgeboten, die in ihrer Schlagkraft das gesamte polnische Heer übertrafen. Die zur Ukrainischen und zur Belorussischen Front gehörenden Kräfte bestanden insgesamt aus 28 Schützen- und 7 Kavalleriedivisionen, 10 Panzerbrigaden und 7 Artillerieregimentern, zusammen über 600 000 Mann, rund 4000 Panzer, mehr als 5500 Geschütze und 2000 Flugzeuge⁴⁵. Diese Streitmacht setzte das Oberkommando der Roten Armee in der Morgendämmerung des 17. September in Bewegung.

³⁹ Vgl. Wehrmacht-Propaganda – Lagebericht für die Zeit vom 1.–10. 9. 1939, in: Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg (künftig: BA-MA), RW 19/1499, S. 2f.

⁴⁰ Tagebuch des stellvertretenden Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten, Vladimir Potemkin, in: AVP RF, f. 06, op. 1, p. 7, d. 72, l. 40,41 (Eintragung vom 15. 9. 1939).

⁴¹ Dieser Artikel wurde in 27 Sprachen übersetzt und als Propagandamaterial in vielen Ländern eingesetzt. Vgl. Information des fremdsprachlichen Artikeldienstes des Aufklärungsausschusses Hamburg-Bremen, in: RGVA, f. 1257/K, op. 1, d. 1, l. 42.

⁴² Vgl. Kriegstagebuch der Seekriegsleitung 1935–1945 (künftig: KTB SKL), Teil A, Bd. 1, August/September 1939, Herford/Bonn 1988, S. 64 (Notiz vom 13. 9. 1939).

⁴³ Vgl. Schulenburg an das AA vom 14. 9. 1939, in: ADAP, Serie D, Bd. VIII, Dok. 63, S. 47.

⁴⁴ Direktive des Volkskommissars für Verteidigung, Marschall Kliment Vorošilov, und des Chefs des Generalstabs der RKKa (Rote Armee), Armeebefehlshaber 1. Ranges Boris Šapošnikov, an den Kriegsrat des Weißrussischen Sondermilitärbezirks Nr. 16633 vom 14. 9. 1939, in: Katyn. Plenniki neobjavlennoj vojny. Dokumenty i materialy, hrsg. von Rudolf Pichoja und Aleksandr Gejštor, zusammengest. von Natal'ja Lebedeva u. a., Moskva 1997, Dok. 3, S. 59f. Eine ähnliche Direktive war an den Kriegsrat des Kiewer Sondermilitärbezirks gerichtet worden, in: Ebenda, Dok. 4, S. 61–63.

⁴⁵ Vgl. Michail I. Semirjaga, 17 sentjabrja 1939 goda, in: Sovetskoe slavjanovedenie, H. 5, 1990, S. 7; Grif sekretnosti snjat. Poteri vooružennyh sil SSSR v vojnach, boevykh dejstvijach i vojnyh konfliktach. Statističeskoe issledovanie, hrsg. von Grigorij F. Krivošeev, Moskva 1993, S. 86.

Die sowjetischen Befehle waren eine charakteristische Mischung aus politischer Propaganda und ganz konkreten operativen Vorgaben. Im Befehl an die Truppen der Belorussischen Front war etwa von der Notwendigkeit die Rede, „den aufständischen Arbeitern und Bauern Weißrußlands und Polens beim Sturz des Jochs der Großgrundbesitzer und Kapitalisten Beistand zu erweisen und die Besetzung des Territoriums des Westlichen Weißrußlands durch Deutschland zu verhindern“, während zugleich die Aufgabe gestellt wurde, „die Streitkräfte Polens aufzureiben und gefangenzunehmen, die östlich der litauischen Grenze und der Linie Grodno, Kobrin operieren“⁴⁶.

In Wirklichkeit waren die politischen und militärischen Ziele der deutschen und der sowjetischen Führung hinsichtlich Polens absolut identisch. Hitler hatte gegenüber der Wehrmachtsführung am 22. August 1939 die „Vernichtung Polens“ als Ziel ausgegeben: „Es handelt sich nicht um Erreichen einer bestimmten Linie oder einer neuen Grenze, sondern um Vernichtung des Feindes.“⁴⁷ Stalin seinerseits formulierte seine Haltung hinsichtlich Polens am 7. September 1939 gegenüber dem Generalsekretär des Exekutivkomitees der Komintern, Georgi Dimitrov, wie folgt: „Die Vernichtung dieses Staates unter gegebenen Bedingungen würde bedeuten, es gäbe einen bürgerlichen faschistischen Staat weniger! Was wäre schlimm daran, wenn wir im Ergebnis der Zerschlagung Polens das sozialistische System auf neue Territorien und neue Bevölkerung ausdehnen würden.“⁴⁸

Diese offenkundige Übereinstimmung der deutschen mit der sowjetischen Strategie wurde selbst öffentlich herausgestellt. Die deutsche und sowjetische Presse veröffentlichte ein gemeinsames Kommuniqué, in dem es hieß, es sei die Aufgabe von Wehrmacht und Roter Armee, „in Polen Ordnung und Ruhe herzustellen“ und der „Bevölkerung Polens zu helfen, die Bedingungen ihres staatlichen Daseins neu zu regeln“⁴⁹.

Nicht nur bei den deutschen Politikern, auch bei den deutschen Offizieren sorgte diese Entwicklung für Genugtuung. So vermerkte der Chef des Stabes beim Generalquartiermeister des Heeres, Eduard Wagner, in seinem Tagebuch: „Heute morgen um 6 Uhr sind die Russen angetreten . . . Endlich! Für uns eine große Entlastung, erstens wird uns die Weite des Raumes abgenommen, dann sparen wir eine Menge Besatzungskräfte, und endlich wird sich Rußland im Kriegszustand mit England befinden

⁴⁶ Einsatzbefehl Nr. 01 des Stabs der Belorussischen Front vom 15. 9. 1939, in: RGVA, f. 35086, op. 1, d. 21, l. 1. Ein ähnlicher Befehl war vom Stab der Ukrainischen Front erlassen worden.

⁴⁷ Generaloberst [Franz] Halder, Kriegstagebuch (künftig: KTB). Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939–1942, hrsg. vom Arbeitskreis für Wehrforschung Stuttgart, bearb. von Hans-Adolf Jacobsen, Bd. 1, Stuttgart 1962, S. 25 (Eintragung vom 22. 8. 1939).

⁴⁸ Georgi Dimitrov, Dnevnik (9 mart 1933–6 februar 1949), Sofia 1997, S. 182 (Eintragung vom 7. 9. 1939).

⁴⁹ Deutsch-sowjetisches Kommuniqué, in: Völkischer Beobachter, 19. 9. 1939, S. 1; Pravda, 19. 9. 1939, S. 1.

– wenn das der Engländer will. Die Liaison wird eine vollkommene.“⁵⁰ Am darauffolgenden Tag machte sich bereits der Generalstabschef des Heeres, General Franz Halder, Gedanken darüber, welche operativen Folgen der sowjetische Einmarsch haben würde⁵¹. Es ist bemerkenswert, wie sehr sich seine Überlegungen mit denen des sowjetischen Verbündeten trafen; so hieß es etwa in einem Bericht des Stabes der Ukrainischen Front, daß die Absicht des polnischen Oberkommandos, neue Einheiten im Gebiet Rowno, Kowel', Luzk, Dubno zu formieren, mit dem sowjetischen Einmarsch am 17. September zerschlagen worden sei⁵².

Die sowjetische Invasion forcierte naturgemäß das militärische Zusammenwirken beider Aggressoren. Ab 19. September konnten deutsche Armeen und Divisionen Kontakte zu den angreifenden Einheiten der Roten Armee aufnehmen und ihr Vorgehen aufeinander abstimmen⁵³. Dennoch blieben vor allem in den ersten Tagen viele Fragen ungeklärt, so daß Vertreter beider Seiten am 20. und 21. September zu Verhandlungen in Moskau zusammenkommen mußten. In einem gemeinsamen Protokoll wurde unter anderem folgende Arbeitsteilung fixiert: Die Wehrmacht übernahm die Verpflichtung, „zur Vermeidung etwaiger Provokationen und Sabotageakte durch polnische Banden und dergleichen“ in den Städten und Orten, die an die Rote Armee übergeben werden sollten, die „notwendigen Maßnahmen zu treffen“. Die Führung der Roten Armee verpflichtete sich ihrerseits, erforderlichenfalls zur „Vernichtung polnischer Truppenteile oder Banden, die sich auf dem Marschwege kleiner deutscher Truppenteile befinden“, die nötigen Kräfte zur Verfügung zu stellen⁵⁴. Nach Erhalt der Information über den ersten Tag der Verhandlungen vermerkte General Halder in seinem Tagebuch: „Russen haben Waffenhilfe bei örtlichem polnischen Widerstand angeboten.“⁵⁵ Es ist daher nicht weiter verwunderlich, wenn ein Generalstabsoffizier im OKW nun klären sollte, „ob Rußland als neutral anzusehen sei oder als verbündete Militärmacht [...]“⁵⁶.

Zwei Tage später erhielten die in Polen angreifenden sowjetischen Truppen eine entsprechende Weisung Woroschilows. Darin hieß es: „Falls deutsche Vertreter beim Kommando der Roten Armee Hilfeleistung anfordern zwecks Vernichtung polnischer Truppenteile oder Banden, die sich auf dem Marschweg kleiner deutscher

⁵⁰ Eduard Wagner, Briefe und Tagebuchaufzeichnungen des Generalquartiermeisters des Heeres, hrsg. von Elisabeth Wagner, München/Wien 1963, S. 132 f.

⁵¹ Vgl. Halder, KTB, Bd. 1, S. 79 (Eintragung vom 18. 9. 1939). Vgl. auch Christian Hartmann, Halder. Generalstabschef Hitlers 1938–1942, Paderborn 1991, S. 141 ff., insbes. S. 147 f.

⁵² Vgl. Bericht des Kommandos der Ukrainischen Front an den Chef des Generalstabes der RKKa „Über die Kampfhandlungen der polnischen und deutschen Truppen im Zeitraum vom 1. 9. bis 5. 10. 1939“, in: Katyn, Dok. 44, S. 132.

⁵³ Vgl. Generalstab des Heeres. Lageberichte der Operativen Abteilung 19. 9.–28. 9. 1939, in: BA-MA, RH4/v. 31, v. 32.

⁵⁴ Ernst Köstring, Der militärische Mittler zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion 1921–1941, bearb. von Hermann Teske, Frankfurt a. M. 1965, S. 177.

⁵⁵ Halder, KTB, Bd. 1, S. 81 (Eintragung vom 20. 9. 1939).

⁵⁶ Helmut Krausnick/Harold C. Deutsch (Hrsg.), Helmuth Groscurth. Tagebücher eines Abwehr-offiziers 1938–1940, Stuttgart 1970, S. 273 (Eintragung vom 20. 9. 1939).

Truppenteile befinden, wird das Kommando der Roten Armee [...] erforderlichenfalls die Kräfte zur Verfügung stellen, die zur Vernichtung der auf dem Marschwege befindlichen Widerstände nötig sind.“⁵⁷

Die Bitte um Hilfeleistung kam denn auch prompt. Die in Lemberg (Lwow) am 23. September eingetroffenen deutschen Einheiten informierten den Militärkommandanten der Stadt, Divisionskommandeur Iwanow, westlich der Stadt Grubeschow würden sich starke polnische Kräfte (3 Infanterie- und 4 Kavalleriedivisionen) konzentrieren. Die Deutschen äußerten daraufhin den Wunsch, die sowjetischen Truppen sollten sich „an einer gemeinsamen Vernichtung der betreffenden Gruppierung beteiligen“⁵⁸. Der Befehlshaber der Ukrainischen Front, Armeebefehlshaber 1. Grades Semjon Timoschenko, konnte dies nicht entscheiden und gab die Meldung an höhere Instanzen weiter⁵⁹. In Moskau gab es gegen diese „Waffenbrüderschaft“ offenbar keine Einwände. Jedenfalls schickte der Stab der Ukrainischen Front schon in der Nacht zum 24. September an den Befehlshaber der Ostgruppe, Korpsbefehlshaber Filipp Golikow, den Befehl, bereits in den Morgenstunden des 24. September Einheiten des 2. Kavalleriekorps und der 24. Panzerbrigade umzugruppieren und „bei Sichtung größerer gegnerischer Kräfte vor der Frontlinie des 8. Schützenkorps diese anzugreifen und gefangenzunehmen“. Dabei sollten die Versuche des Gegners, in Richtung Lemberg und Kamenki vorzustoßen, unterbunden werden⁶⁰. Der Sieg über die polnischen Streitkräfte bei Grubeschow war somit direktes Resultat eines im Kreml sanktionierten Zusammenwirkens zwischen Wehrmacht und Roter Armee. Dieser Ausgang wurde dort um so mehr begrüßt, als es etwa gleichzeitig bei Lemberg zu Reibereien zwischen Einheiten der Wehrmacht und der Roten Armee gekommen war, die auf beiden Seiten Opfer gefordert hatten. Als der deutsche Militärattaché, Generalmajor Ernst Köstring, und der Stabschef der Ukrainischen Front, Divisionsbefehlshaber Nikolaj Watutin, am Ort der Ereignisse eintrafen, wurde, wie Köstring berichtete, „Verbindung zwischen den Truppenteilen hergestellt, deren Kommandeure sich im kameradschaftlichen Sinne über alle Details einigten“⁶¹.

Für den weiteren Gang der Ereignisse war die Direktive Woroschilows an die sowjetischen Truppen von großer Bedeutung. Nach dem zweiten Besuch Ribbentrops

⁵⁷ Weisung Worosilovs vom 22. 9. 1939, in: RGVA, f. 35084, op. 1, d. 7, l. 26.

⁵⁸ Meldung des Militärkommandanten von L'vov, Divisionskommandeur Ivanov, an den Befehlshaber der Ukrainischen Front, Armeebefehlshaber 1. Ranges Semen Timoŝenko, vom 23. 9. 1939, in: RGVA, f. 35084, op. 1, d. 12, l. 34. Vgl. auch Natal'ja S. Lebedeva, *Katyn. Prestuplenije protiv čelovečestva*, Moskva 1994, S. 32f.

⁵⁹ Vgl. ebenda.

⁶⁰ Telegramm des Stellvertreters des Stabschefs der Ukrainischen Front, Brigadekommandeur Vladimir Slobin, an den Befehlshaber der Ostgruppierung, Korpsbefehlshaber Filipp Golikow, vom 24. 9. 1939, in: RGVA, f. 35084, op. 1, d. 8, l. 43.

⁶¹ Telegramm von General Köstring an die Außenabteilung des Volkskommissariats für Verteidigung der UdSSR vom 24. 9. 1939, in: RGVA, f. 35084, op. 1, d. 11, l. 132; vgl. auch Natal'ja S. Lebedeva, *Čerty razdel Pol'si i katynskaja tragedija*, in: *Drugaja vojna, 1939–1945*, hrsg. v. Jurij N. Afanas'ev, Moskva 1996, S. 260f.

in Moskau und nach Unterzeichnung des Vertrags „über Freundschaft und Grenze“ wurden die sowjetischen Einheiten über die neue Staatsgrenze zwischen der UdSSR und Deutschland zurückgeführt. Gemäß Punkt 5 dieser Direktive galt es, „die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung der Städte und Orte zu treffen, die an Truppenteile der deutschen Armee übergeben werden sollten, und besonderes Augenmerk darauf zu richten, daß Städte und Ortschaften sowie wichtige militärische wie auch Verteidigungs- und Wirtschaftsanlagen [...] sowohl in Ortschaften als auch zwischen solchen vor Beschädigung oder Vernichtung bis zur Übergabe an Vertreter der deutschen Armee geschützt werden“⁶².

Die Verlegung der Truppen aus Polen nach Westen war für die deutsche militärische Führung bereits während des Polenfeldzugs von größter Wichtigkeit gewesen⁶³. Nach Abschluß der Kämpfe wandte sie sich deshalb an das Oberkommando der Roten Armee mit der Bitte, deutsche Truppen über sowjetisches Gebiet marschieren zu lassen. Nachdem dies, gültig ab dem frühen Morgen des 6. Oktober, genehmigt worden war⁶⁴, konnten die deutschen Verbände in den nächsten zwei Wochen, bis zum 20. Oktober, auf einem kürzeren Weg nach Deutschland zurückverlegt werden, um möglichst schnell im Westen aufzumarschieren, wo es bislang noch zu keiner größeren Kampfhandlung gekommen war.

Angesichts dieser gut funktionierenden Zusammenarbeit galten „Liebenswürdigkeiten“ der sowjetischen Seite wie etwa die Sorge um deutsche Soldaten, die in polnische Gefangenschaft geraten waren, gewissermaßen als Selbstverständlichkeit. Gemäß einer Weisung Woroschilows sollten sie unverzüglich auf freien Fuß gesetzt und bis zu ihrer Übergabe an Vertreter der Wehrmacht registriert werden⁶⁵. Daß dieser Befehl umgehend umgesetzt wurde, läßt sich ebenfalls in den Dokumenten nachweisen⁶⁶.

Auch den verwundeten oder erkrankten Wehrmachtsangehörigen, die sich im Gebiet der Roten Armee befanden, gewährte diese die nötige Hilfe. Sie alle kamen zur Behandlung in Lazarette nach Kiew, Lemberg und mehreren anderen Städten der UdSSR. Die deutsche Botschaft wurde, wie die Dokumente zeigen, darüber genauestens informiert, etwa über die Aufenthaltsorte der genesenden Wehrmachtsangehörigen oder die Termine ihrer Rückführung in die Heimat⁶⁷. Woroschilow befahl so-

⁶² Direktive Woroschilows an die Befehlshaber der Belorussischen und der Ukrainischen Front vom 2. 10. 1939, in: RGVA, f. 35084, op. 1, d. 7, l. 35.

⁶³ Vgl. Halder, KTB, Bd. 1, S. 64 (Eintragung vom 7. 9. 1939).

⁶⁴ Vgl. Weisung Woroschilows an den Befehlshaber der Ukrainischen Front vom 6. 10. 1939, in: RGVA, f. 35084, op. 1, d. 7, l. 31.

⁶⁵ Vgl. Telegramm Šapošnikovs an den Befehlshaber der Truppen des Sonderwehrbezirks Kiew, Timošenko, vom 22. 9. 1939, in: RGVA, f. 35084, op. 1, d. 7, l. 50. Vgl. Katyn, Dok. 20, S. 88f.

⁶⁶ Vgl. Ergänzung zum Sonderbericht Nr. 35 des Stabs der 6. Armee der Ukrainischen Front vom 5. 10. 1939, in: RGVA, f. 35084, op. 1, d. 3, l. 69.

⁶⁷ Vgl. Gespräche Schulenburgs und des Botschaftsrates Werner von Tippelskirch mit Potemkin vom 28. 10., 17. 11., 17. 12., 22. 12. 1939, in: AVP RF, f. 082, op. 22, d. 4.

gar, die Wehrmacht bei ihren Nachforschungen über ihre im Polenfeldzug vermißten Angehörigen zu unterstützen; hierfür hatte der Luftwaffenattaché in Moskau eine detaillierte Liste vorgelegt⁶⁸.

Zu intensiven Kontakten kam es auch in der *deutsch-sowjetrussischen Grenzkommission*. Am 27. Oktober wurde die gesamte sowjetische Delegation, die sich in dem von den Deutschen besetzten Warschau aufhielt, zu einem Mittagessen beim Generalgouverneur, Reichsminister Hans Frank, eingeladen, das dieser zu Ehren der *Gemeinsamen deutsch-sowjetischen Grenzkommission* gab. Dabei bemerkte Frank gegenüber dem sowjetischen Delegationschef Alexander Alexandrow: „Sie und ich rauchen polnische Zigaretten als Zeichen dafür, daß wir Polen in den Wind geschlagen haben.“⁶⁹ In seiner Tischrede unterstrich Alexandrow, daß „der Geist, in dem die Verhandlungen geführt worden seien, der Geist der Zusammenarbeit zum Wohle der deutschen und sowjetrussischen Nationen, der beiden größten Völker Europas“, sei⁷⁰.

Das weitgehend reibungslose Zusammenwirken zwischen Wehrmacht und Roter Armee reduzierte die Dauer des polnischen Feldzugs, aber auch die Verluste der Wehrmacht und schließlich den Verbrauch an Munition und Kraftstoff. Vor allem aber grenzte Deutschland im Osten nun an eine befreundete Macht, so daß sich erstmals nach der Reichsgründung für Deutschland nicht mehr das strategische Problem eines Zwei-Fronten-Krieges stellte – so jedenfalls die von Hitler der Generalität am 23. November 1939 eröffnete Deutung⁷¹.

Über die Verteilung der gemeinsamen Beute aus dem Polenfeldzug einigte man sich beim zweiten Besuch des Reichsministers Ribbentrop in Moskau Ende September 1939. Die im deutsch-sowjetischen Vertrag vom 28. September 1939 festgeschriebene territoriale Teilung Polens setzte juristisch eine Art Gleichheitszeichen zwischen den beiden Aggressoren. Sie hatten gegen einen souveränen Staat Gewalt angewandt und die Resultate dieser Gewaltanwendung im bilateralen Vertrag über „Freundschaft und Grenze“ (in der deutschen Fassung über „Grenze und Freundschaft“) festgeschrieben. Stalin imponierte offensichtlich Hitlers Standpunkt, wie er ihn in seiner Rede in Danzig am 19. September verkündet hatte: „Polen wird in der Gestalt des Versailler Vertrages niemals mehr auferstehen! Dafür garantiert ja letzten Endes nicht nur Deutschland, sondern ja auch Rußland.“⁷² Dieser Gedanke wurde fast wortgetreu in der Rede Molotows auf der Tagung des Obersten Sowjets der

⁶⁸ Vgl. beispielsweise Brief des Stellvertreters des Generalstabschefs der Roten Armee, Korpsbefehlshaber Ivan Smorodinow, an den Stabschef der Belorussischen Front, Brigadekommandeur Vladimir Klimovskich, vom 5. 11. 1939, in: RGVA, f. 35086, op. 1, d. 21, l. 410–413.

⁶⁹ Tagebuch der sowjetischen Delegation der deutsch-sowjetrussischen Grenzkommission, in: AVP RE, f. 011, op. 4, p. 27, d. 66, 1.22 (Eintragung vom 27. 10. 1939).

⁷⁰ Wolfgang Präg/Werner Jacobmeyer (Hrsg.), Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945, Stuttgart 1975, S. 46 (Eintragung vom 26./27. 10. 1939).

⁷¹ Vgl. Trial of the Major War Criminals before the International Military Tribunal (künftig: IMT), Nürnberg 1947–1949, Dok. 789-PS, Bd. XXVI, S. 330.

⁷² Rede Hitlers in Danzig vom 19. 9. 1939, in: Domarus, Hitler, S. 1362.

UdSSR am 31. Oktober 1939 wiederholt⁷³. Doch Stalin war in gewissem Sinne weiter gegangen als Hitler⁷⁴; hatte dieser ursprünglich das Fortbestehen eines „Restpolens“ nicht ausgeschlossen, so hatte sich Stalin ihm gegenüber mit seiner Auffassung durchgesetzt⁷⁵.

Andererseits war Stalin aber auch bereit, Deutschland in vielen Fragen entgegenzukommen. Zu Ribbentrop bekannte Stalin ganz offen, die deutsch-sowjetische Kooperation stelle „eine solche Kraft dar, vor der alle anderen Kombinationen zurückweichen müßten“⁷⁶.

Gleichwohl entsprach es dem besonderen Charakter dieser Beziehungen, wenn es auf beiden Seiten weiterhin reichlich Mißtrauen und Argwohn gab. Die Gespräche zwischen Stalin und Ribbentrop konnten nichts daran ändern, daß Politik nicht durch Worte, sondern durch konkrete Absichten und Taten geprägt wird. Erst recht galt dies für zwei Diktatoren, die schon mehrfach bewiesen hatten, daß ihren Worten nicht zu trauen war. Es spricht für sich, wenn beide, noch ehe die Tinte auf dem am 28. September in Moskau unterzeichneten Vertrag „über Freundschaft und Grenze“ trocken war, sich ihre eigenen Gedanken über die Dauer dieses Vertrags machten. So erklärte Stalin beim Empfang des lettischen Außenministers Vilhelms Munters am 3. Oktober: „Im Verlaufe von sechs Jahren haben die deutschen Faschisten und die Kommunisten einander beschimpft. Jetzt ist [. . .] eine überraschende Wende eingetreten, doch darauf darf man sich nicht verlassen. Wir müssen Vorbereitungen von langer Hand treffen.“⁷⁷ Damit wollte Stalin wohl in erster Linie Druck auf den Gesprächspartner ausüben, trotzdem bleibt diese Äußerung, noch dazu zu diesem frühen Zeitpunkt, bemerkenswert.

⁷³ Vgl. Rede Molotovs auf der V. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR am 31. 10. 1939, in: *Izvestija*, 1. 11. 1939, S. 1.

⁷⁴ Hitler, der die Nichtintervention der Westmächte anstrebte, schloß Anfang September die Möglichkeit nicht aus, in den von ihm besetzten Gebieten einen polnischen Marionettenstaat (Restpolen) zu belassen. Vgl. Halder, *KTB*, Bd. 1, S. 65 (Notiz vom 7. 9. 1939). Ribbentrop informierte am 12. September den Abwehr-Chef Wilhelm Canaris über diese Variante als eine „dem Führer besonders sympathische Lösung“. Zit. nach Martin Broszat, *Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945*, Stuttgart 1961, S. 14. Vgl. auch die diesbezügliche Diskussion im AA, in: *ADAP*, Serie D, Bd. VII, Dok. 124, S. 196; Dok. 137, S. 107f.

⁷⁵ Die Erwähnung in einem Telegramm Schulenburgs, daß Molotov ihm gegenüber das ursprüngliche Vorhaben Stalins, Restpolen zu bewahren, angedeutet habe (vgl. Schulenburg an AA vom 20. 9. 1939, in: *ADAP*, Serie D, Bd. VIII, Dok. 104, S. 82), bleibt bis heute der einzige Hinweis über dieses angebliche Vorhaben seitens der Sowjetunion, da die Niederschrift dieses Gesprächs Molotovs mit Schulenburg vom 19. 9. 1939 russischerseits nicht veröffentlicht worden ist, und im Archiv der Auswärtigen Politik in Moskau ist dieses Dokument dem Verf. nicht zugänglich gewesen. Die Aussage Stalins im Gespräch mit Dimitrov am 7. 9. 1939 bestätigt ähnliche Schlußfolgerungen als ernstes Vorhaben nicht.

⁷⁶ Zit. nach Ingeborg Fleischhauer, *Der deutsch-sowjetische Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939. Die deutschen Aufzeichnungen über die Verhandlungen zwischen Stalin, Molotov und Ribbentrop in Moskau*, in: *VfZ* 39 (1991), S. 458.

⁷⁷ Aufzeichnung des Gesprächs Stalins und Molotovs mit der lettischen Delegation am 3. 10. 1939, in: *Polpredy soobščajut . . . Sbornik dokumentov ob otnošenijach SSSR s Latviej, Litvoj i Estoniej. Avgust 1939–avgust 1940 g.*, Moskva 1990, Dok. 58, S. 80.

In einem ganz anderen Zusammenhang offenbarte Hitler seine Gedanken. In seiner Denkschrift zur Kriegführung im Westen vom 9. Oktober widmete er den Beziehungen zur UdSSR besondere Beachtung. Da der Inhalt dieser Denkschrift lediglich vier Spitzenmilitärs, den Oberbefehlshabern der Teilstreitkräfte und dem Stabschef des OKW, zur Kenntnis gebracht werden sollte, besitzen die darin enthaltenen Ausführungen einen ziemlich hohen Stellenwert. Nach Hitlers Ansicht ließ sich eine dauernde Neutralität Sowjet-Rußlands „durch keinen Vertrag und durch keine Abmachung“ fortwährend sichern. „Zur Zeit“, so Hitler, „sprechen alle Gründe gegen ein Verlassen der Neutralität. In 8 Monaten, in einem Jahr oder gar in mehr Jahren kann dies auch anders sein [. . .]. Die größte Sicherheit vor irgendeinem russischen Eingreifen liegt in der klaren Herausstellung der deutschen Überlegenheit bzw. in der raschen Demonstrierung der deutschen Kraft.“⁷⁸

Unter dieser beruhigenden Perspektive konnten die deutschen Militärs ihre Plannungen ungestört vorantreiben; eine Front im Osten brauchten sie vorerst nicht zu fürchten. Die Meldungen, die laufend in Berlin über diplomatische oder nachrichtendienstliche Kanäle eingingen, schienen zu bestätigen, wie zutreffend diese Auffassung war. Falls Großbritannien der Sowjetunion den Krieg erklären würde, dann würde diese ihre Kooperation mit dem Deutschen Reich noch intensivieren⁷⁹. Daß derartige Meldungen nicht aus der Luft gegriffen waren, zeigt das Gespräch Stalins und Molotows mit dem türkischen Außenminister Şükrü Saraçoğlu am 1. Oktober 1939, in dessen Verlauf Stalin erklärte: „Deutschland und wir haben Polen geteilt, England und Frankreich haben uns keinen Krieg erklärt, aber das kann passieren. Wir hatten keinen Beistandspakt mit den Deutschen, doch wenn die Engländer und die Franzosen uns den Krieg erklären, werden wir gegen sie kämpfen müssen.“⁸⁰

III.

Die militärische Zusammenarbeit zur See nimmt in den Beziehungen Deutschlands und der UdSSR eine besondere Stellung ein. Keine Teilstreitkraft war wohl in einem derart starken Maße an direkter und enger Zusammenarbeit mit der Sowjetunion interessiert wie die deutsche Kriegsmarine. Dies resultierte schon aus der relativen Schwäche der Kriegsmarine und der damit verbundenen Diskrepanz zwischen ihren Möglichkeiten und ihren Aufgaben. Deswegen setzte diese seit den ersten Kriegstagen alles daran, die Vorteile, die sich aus der sogenannten wohlwollenden Neutralität der UdSSR ergaben, auszunutzen. Mit Unterstützung des Auswärtigen Amts

⁷⁸ Hitlers Denkschrift und Richtlinien über die Führung des Krieges im Westen vom 9. 10. 1939, in: Dokumente zur Vorgeschichte des Westfeldzuges 1939–1940, hrsg. von Hans-Adolf Jacobsen, Göttingen 1956, S. 7.

⁷⁹ Vgl. PA/AA, Büro Unter-Staatssekretär, September 1939, R 29903, S. 274065; BA-MA, RW 19/229, S. 203/R.

⁸⁰ Aufzeichnung der Unterredung Stalins und Molotows mit Saraçoğlu vom 1. 10. 1939, in: Dokumenty vnešnej politiki (künftig: DVP), 1939, T. XXII, kn. 2, Moskva 1992, Dok. 654, S. 149.

konnte sie etwa die Zustimmung der sowjetischen Führung zur Nutzung des Hafens Murmansk erwirken; die dort gelöschten deutschen Güter wurden dann mit der Bahn nach Leningrad befördert und von dort weiter nach Deutschland verschifft⁸¹.

Bis zum 18. September hatten in Murmansk 18 deutsche Schiffe vor der britischen Flotte Zuflucht gefunden. Alle Schiffe wurden zusammen mit ihren Besatzungen, immerhin 1847 Mann, an Deutschland übergeben⁸². Als sie nach der Auffüllung der Treibstoffvorräte Murmansk verließen, wurden die ebenfalls dort liegenden Schiffe anderer Staaten absichtlich so lange zurückgehalten, bis die deutschen Schiffe in Sicherheit waren⁸³. Damit hatte man voll und ganz der deutschen Bitte entsprochen, die fremden Schiffe aus Murmansk „erst 8–10 Stunden nach Abfahrt des jeweiligen deutschen Schiffes auslaufen zu lassen“, denn sonst „könnten ausländische Schiffe, die deutschen Schiffen folgen, deren Lage an englische Kriegsschiffe verraten“⁸⁴. Eine Woche später bat die deutsche Seite, die Mannschaften der in Murmansk liegenden deutschen Schiffe mit warmer Kleidung zu versorgen⁸⁵. Allerdings handelte es sich keineswegs um einseitige Hilfeleistungen. Die sowjetische Seite äußerte ihrerseits den Wunsch, die deutsche Kriegsmarine solle die Überführung des Eisbrechers „Jermak“ und des Dampfers „Kasachstan“ aus Murmansk nach Leningrad⁸⁶ sowie die Verlegung des in Holland gebauten Turbelektroschiffs „Iossif Stalin“ nach Leningrad über den Kieler Kanal unterstützen⁸⁷. Starken Eindruck machte auf Berlin die prompte Zustimmung der sowjetischen Führung zur Umrüstung eines deutschen Handelsschiffs zu einem Hilfskriegsschiff⁸⁸. Moskau wurde darauf am 22. September angesprochen, und bereits drei Tage später kam eine positive Antwort⁸⁹.

Solch wohlwollende Reaktionen auf diese und andere Bitten der deutschen Kriegsmarine, aber auch Stalins negative Bemerkungen über England und seine Politiker (England sei „von den Bolschewisten stets am meisten beschimpft und gehaßt worden“)⁹⁰ bei einem Gespräch mit Ribbentrop veranlaßten Großadmiral Erich Raeder als Oberbefehlshaber der deutschen Kriegsmarine, persönlich einen stark erweiterten

⁸¹ Vgl. Telegramm des Stellvertretenden Leiters der wirtschaftspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Karl Clodius, an die deutsche Botschaft in Moskau vom 6. 9. 1939, in: ADAP, Serie D, Bd. VIII, Dok. 15, S. 12.

⁸² Vgl. PA/AA, Büro des Staatssekretärs, R 29686, S. 224195 f.

⁸³ Vgl. KTB SKL 1939–1945, Teil A, Bd. 2, Oktober 1939, Herford/Bonn 1988, S. 203 (Notiz vom 25. 10. 1939).

⁸⁴ Aufzeichnung des Gesprächs des Leiters der Mitteleuropäischen Abteilung des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten, Aleksandr Aleksandrov, mit dem Sekretär der deutschen Botschaft in Moskau, Walter, vom 29. 9. 1939, in: AVP RF, f. 06, op. 1, p. 8, d. 73, l. 48.

⁸⁵ Vgl. Gespräch zwischen Aleksandrov und dem 1. Sekretär der deutschen Botschaft in Moskau, Gropper, am 9. 10. 1939, in: Ebenda, l. 54.

⁸⁶ Vgl. Aufzeichnung des Gesprächs Aleksandrovs mit dem Marineattaché Norbert von Baumbach und seinem Referenten J. Roß am 22. 11. 1939, in: Ebenda, l. 93.

⁸⁷ Vgl. Gespräch Aleksandrovs mit Botschaftsrat Schwiener am 23. 11. 1939, in: Ebenda, l. 95.

⁸⁸ Vgl. PA/AA, Botschaft Moskau D, Pol. 3 Geheim Mil, Bd. 1, S. E072505.

⁸⁹ Vgl. ebenda, S. E072502; KTB SKL, Teil A, Bd. 1, S. 162 (Notiz vom 25. 9. 1939).

⁹⁰ Zit. nach Fleischhauer, Grenz- und Freundschaftsvertrag, S. 458.

Wunschzettel in Moskau vorzulegen: Versorgung von Kreuzern, U-Booten und Hilfsschiffen mit Brennstoffen und Proviant in sowjetischen Häfen, Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten in sowjetischen Werften, Entsendung sowjetischer Tank- und Frachtschiffe zur Auffüllung der Treibstoff- und Proviantvorräte deutscher Kreuzer und U-Boote auf hoher See zur Verlängerung ihres Aufenthalts⁹¹. Die Ausmaße der militärischen Zusammenarbeit zwischen Berlin und Moskau kamen am 30. Oktober 1939 auch im OKW zur Sprache, das in dieser Frage eine eher zurückhaltende Position bezogen hatte. In den Aufzeichnungen über diese Beratung hieß es dann, es sei schon richtig, „daß man auf russische Unterstützung angewiesen sei, das bedeute aber nicht, daß man alle Rücksichten fallen lassen müßte“⁹². Selbst der Marineattaché in Moskau, Fregattenkapitän Norbert von Baumbach, sah sich veranlaßt, Großadmiral Raeder vor zu großen Erwartungen in dieser Hinsicht zu warnen: „Dieses Programm schien mir für das zwischen der Sowjetunion und Deutschland bestehende Vertragsverhältnis – Nichtangriffspakt – zu weit zu gehen und setzte eigentlich gemeinschaftliche Kriegführung zweier verbündeter Staaten voraus.“⁹³

Doch Raeder war sogar zum Verkauf aller Zeichnungen und sonstigen Unterlagen über das Schlachtschiff „Bismarck“ bereit, falls die Sowjetunion dafür „einen sehr hohen Preis“ bezahlen würde⁹⁴. Diese sowjetische Bitte lehnte Hitler jedoch ebenso kategorisch ab wie einen Verkauf von Schweren Kreuzern in der Art der „Seydlitz“ oder der „Prinz Eugen“⁹⁵. Nichtsdestoweniger dauerte diese maritime Zusammenarbeit, wenn auch in bescheidenerem Umfang, fort.

Die Kontakte der deutschen Seekriegsleitung zur Roten Flotte beschränkten sich indes nicht allein auf die Klärung fachlicher Fragen, auch politische Themen waren darin einbezogen. So wollte Vizeadmiral Erich Schulte-Mönting, Chef des persönlichen Stabs des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine, vom Marineattaché der UdSSR, Fregattenkapitän Michail Woronzow, wissen, ob die Rote Flotte plane, bei einem Krieg mit England Marinestützpunkte auch im Indischen Ozean einzurichten, und wie das Oberkommando der Seestreitkräfte zur Schaffung einer „politischen Achse Tokio – Berlin – UdSSR“ stehe. Das Gespräch endete mit der Bitte, die angesprochenen Fragen dem Oberkommando der Seestreitkräfte der UdSSR zur Kenntnis zu bringen⁹⁶.

Wie eng die maritime Strategie der beiden Mächte, insbesondere gegen England, aufeinander abgestimmt war, zeigte sich besonders eindrucksvoll am „Stützpunkt

⁹¹ Vgl. Telegramm des Staatssekretärs des AA, Ernst Frhr. von Weizsäcker, an Schulenburg vom 14. 10. 1939, in: ADAP, Serie D, Bd. VIII, Dok. 257, S. 226.

⁹² Zit. nach Michael Salewski, Die deutsche Seekriegsleitung 1935 bis 1945, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1970, S. 134.

⁹³ Zit. nach Olaf Groehler, Murmansk – eine deutsche Marinebasis 1939/40?, in: Militärgeschichte, H. 5, 1990, S. 467.

⁹⁴ Aufzeichnung des Botschafters Karl Ritter vom 15. 12. 1939; in: ADAP, Serie D, Bd. VIII, Dok. 457, S. 421 f.

⁹⁵ Vgl. Botschaft in Moskau an das AA vom 19. 12. 1939, in: Ebenda, Dok. 474, S. 438.

⁹⁶ Vgl. Mitteilung des Volkskommissars der Seestreitkräfte der UdSSR, Vizeadmiral Nikolaj Kuznecov, an Molotov vom 30. 11. 1939, in: RGASPI, f. 82, op. 2, d. 1161, Dok. 27, l. 81.

Nord“ auf der Halbinsel Kola, wo der Kriegsmarine die Bucht Sapadnaja Liza zur Verfügung gestellt worden war. Dort sollte Deutschland „tun können, was es will“, und „alle Vorhaben durchführen, die es für erforderlich“ hielt⁹⁷. Deutsche Kriegsschiffe aller Typen konnten hierfür in die Bucht einlaufen, denn Murmansk hielt der Kreml als „für diesen Zweck nicht isoliert genug“⁹⁸. Dessen Nutzung hätte in der Sicht der sowjetischen Führung einen ausgesprochen „militanten Akt“ dargestellt⁹⁹. Um die Operation auf der Kola-Halbinsel geheim zu halten, befahl man, ihren Zugang „für alle ausländischen Zivil- und erst recht alle Kriegsschiffe zu sperren“¹⁰⁰.

Die deutsche Seekriegsleitung und besonders Befehlshaber der U-Boote erkannten in diesem Stützpunkt eine erstrangige Operationsbasis zur Bekämpfung der britischen Nordrouten. Großadmiral Raeder schlug sogar vor, den „Stützpunkt Nord“ zur Invasion von Norwegen zu nutzen, so daß deutsche Luft- und Seestreitkräfte nicht nur von Süden, sondern auch von Norden gegen dieses Land antreten konnten, und zwar mit entsprechend verkürzten Anmarschwegen¹⁰¹. In der Tat kam das einzige deutsche Tankschiff (die „Jan Wellem“), wie Raeder später nicht ohne Genugtuung feststellte, das zur Versorgung der bei der Landung in Narvik eingesetzten deutschen Zerstörer rechtzeitig eintraf, vom „Stützpunkt Nord“¹⁰². Nach Hitlers Entscheidung zur Schließung des „Stützpunkts Nord“ Ende August 1940 schickte die Seekriegsleitung an Admiral Kusnezow, Volkskommissar der Seestreitkräfte der UdSSR, ein Dankschreiben mit der Feststellung, dieser Stützpunkt sei „für die deutsche Seekriegsstrategie von großem Wert“ gewesen¹⁰³. Als noch wichtiger erkannte sie freilich den Umstand, „wie weit Staaten mit unterschiedlicher Ideologie und unterschiedlichen Zielsetzungen in ihrer Zusammenarbeit gehen können“¹⁰⁴.

Bei ihren Kontakten zur Roten Flotte bedachte die deutsche Kriegsmarine offensichtlich nicht immer, daß die gut funktionierenden deutsch-sowjetischen Beziehungen sowohl in Moskau als auch in Berlin in erster Linie politischen Erwägungen entsprangen. So hatte das Oberkommando der Kriegsmarine aufgrund des akuten Materialmangels beim U-Boot-Bau beschlossen, sich um die Lieferung sowjetischer Boote zu bemühen. Nach Ansicht des Marineattachés von Baumbach würden von

⁹⁷ KTB SKL, Teil A, Bd. 1, S. 136 (Eintragung vom 17. 10. 1939). Später stellte sich allerdings heraus, daß die von Moskau diesbezüglich gegebenen Zusicherungen weitgehend unerfüllt blieben. Hierzu vgl. ausführlicher Tobias R. Philbin III, *The Lure of Neptun. German-Soviet naval collaboration and ambitions, 1919–1941*, Columbia 1994, S. 81–117.

⁹⁸ Telegramm Schulenburgs an das AA vom 5. 10. 1939, in: ADAP, Serie D, Bd. VIII, Dok. 195, S. 166.

⁹⁹ Philbin, *Neptun*, S. 82.

¹⁰⁰ Beschluß des Politbüros des ZK der VKP (b) (Allsowjetische Kommunistische Partei der Bolschewiken) über das Regime in der Kola-Bucht vom 25. 10. 1939, in: *Organy gosudarstvennoj bezopasnosti SSSR v Velikoj Otečestvennoj vojne. Sbornik dokumentov*, T. I, kn. 1, Moskva 1995, Dok. 50, S. 114.

¹⁰¹ Vgl. Philbin, *Neptun*, S. 112.

¹⁰² Vgl. Erich Raeder, *Mein Leben*, Bd. 2, Tübingen 1957, S. 244.

¹⁰³ Philbin, *Neptun*, S. 116.

¹⁰⁴ Ebenda, S. 117.

sowjetischer Seite „voraussichtlich keinerlei Bedenken bestehen, da Rußland sich schon zur Ausrüstung von deutschen Hilfskreuzern bereit erklärt“ habe¹⁰⁵. Nichtsdestoweniger wies Hitler aus „politischen Gründen“ diesen Vorschlag Raeders zurück¹⁰⁶. Ein weiterer Wunsch des Oberkommandos der Kriegsmarine zur Nutzung der Werften von Murmansk und Wladiwostok für die Versorgung, Umrüstung und Reparatur von Schiffen und U-Booten war wiederum für die sowjetische Seite aus politischen und technischen Gründen nicht „erfüllbar“. Schon mit Blick auf ihre offiziell deklarierte Neutralität war die Führung der Sowjetunion bestrebt, ihre militärische Zusammenarbeit mit der deutschen Wehrmacht möglichst zu kaschieren. Beim Umfang und der Intensität der von der Kriegsmarine angeforderten Hilfe wäre das wohl kaum möglich gewesen¹⁰⁷. Dort aber, wo dies möglich war, hatte der Kreml keine Bedenken. So konstatierte der Marineattaché von Baumbach in einem Bericht, daß „die deutsche Kriegsmarine und die Interessen der Seekriegsführung bei den Russen eine Ausnahmebehandlung erfahren, wie sie zunächst kein anderes Land uns bietet“¹⁰⁸.

IV.

Innerhalb dieser Beziehungen besaß auch die rüstungswirtschaftliche Zusammenarbeit eine ganz besondere Stellung. Beide Parteien versuchten sofort nach Unterzeichnung des Nichtangriffspakts, diese Kooperation systematisch auszubauen. Vor allem die wehrwirtschaftlichen Behörden in Deutschland verfolgten das Ziel, die Sowjetunion „praktisch zum Versorgungshinterland“ werden zu lassen¹⁰⁹. Dabei stand die Versorgung mit Kraftstoff, den die motorisierten Truppenteile, die Luftwaffe und die Kriegsmarine dringend benötigten, naturgemäß an erster Stelle. In einem Mitte September verfaßten Bericht des Wehrpolitischen Instituts der Universität Berlin zog man den Schluß, Deutschland könne „einen wesentlichen Teil seines militärischen Bedarfs an Kraftstoffen aller Art aus Sowjetrußland decken“¹¹⁰. Das deutsche Interesse beschränkte sich jedoch nicht auf die Lieferung von Kraftstoff, sonstigen Energieträgern oder seltenen Metallen. Im Bericht des Wehrwirtschafts- und Rüst-

¹⁰⁵ KTB SKL, Teil A, Bd. 1, S. 185 (Notiz vom 27. 9. 1939).

¹⁰⁶ Lagevorträge des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine vor Hitler 1939–1945, hrsg. von Gerhard Wagner, München 1972, S. 28 (Notiz vom 10. 10. 1939). Hitler bestätigte sein Verbot für den Kauf der U-Boote beim Treffen mit Raeder am 22. 11. 1939. Vgl. ebenda, S. 47. Vgl. auch Weinberg, *Germany and the Soviet Union*, S. 78. Entsprechende Weisungen wurden auch Ribbentrop erteilt. Vgl. Telegramm Ribbentrops an Schulenburg vom 30. 11. 1939, in: ADAP, Serie D, Bd. VIII, Dok. 403, S. 368.

¹⁰⁷ Vgl. KTB SKL, Teil A, Bd. 2, S. 135 (Notiz vom 17. 10. 1939).

¹⁰⁸ Marineattaché in Moskau an das Oberkommando der Kriegsmarine. M. Att. 21. 10. 1939, in: BA-MA, RM 12 II/161, S. 107.

¹⁰⁹ Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda. Vertraulicher Informationsbericht vom 29. 9. 1939, in: Bundesarchiv Berlin (künftig: BA), ZSg 101/34, S. 487.

¹¹⁰ BA-MA, RH 2/2371, S. 404.

stungsamts des OKW hieß es, die Agrarbasis Rußlands könne „in einem längeren Krieg von ausschlaggebender Bedeutung werden“, denn Rußland könne „durch Getreide- und Butterausfuhr die Blockadefestigkeit Deutschlands steigern“¹¹¹.

Dabei gingen sowohl das OKW als auch das Auswärtige Amt davon aus, daß die Politik der UdSSR „klar gegen England gerichtet“ sei, was sich faktisch mit den Verlautbarungen der sowjetischen Propaganda deckte. Der Chef der Politischen Verwaltung der Roten Armee, Lew Mechlis, erklärte am 10. November 1939 auf einer vertraulichen Beratung mit Schriftstellern, der Hauptfeind der UdSSR sei „selbstverständlich England“, während „Deutschland im großen und ganzen eine nützliche Arbeit“ leiste, indem es „das Britische Imperium ins Wanken“ bringe: „Dessen Zerstörung wird zum allgemeinen Zusammenbruch des Imperialismus führen . . .“¹¹². Stalin baute diese Linie aus, indem er gegenüber dem Chefredakteur der „Prawda“ behauptete, daß „nicht Deutschland Frankreich und England angegriffen“ habe, diese hätten vielmehr „Deutschland angegriffen und damit die Verantwortung für den gegenwärtigen Krieg auf sich genommen“. Der Termin für die Veröffentlichung dieser Stellungnahme, der 30. November 1939, war sicherlich kein Zufall. Am Tag des sowjetischen Überfalls auf Finnland hielt Stalin es für politisch angebracht, die Politik Berlins zu unterstützen und die „Friedensliebe“ Moskaus in Erinnerung zu bringen, so daß es nahe lag, auch die „tatsächlichen“ Drahtzieher dieses Krieges anzugreifen: „Die herrschenden Kreise Frankreichs und Englands haben beide Friedensvorschläge Deutschlands und die Bemühungen der Sowjetunion um eine rasche Beendigung des Krieges in gröblichster Weise zurückgewiesen.“¹¹³

Auch in Berlin rechnete man damit, daß die Parole „Zerschlagung des Kapitalismus“ die Sowjetunion „in klaren wirtschaftlichen und politischen Gegensatz zu den Westmächten“ bringe¹¹⁴. Gründe für derartige Annahmen gab es bereits im Herbst 1939. Der Artikel „Seekrieg“, den die „Iswestija“ anlässlich des Beginns der sowjetisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen veröffentlichte, enthielt erneut Zusicherungen zur Versorgung Deutschlands mit Rohstoffen. Diese sollten die „Pläne der Feinde Deutschlands“ durchkreuzen, „nach dem Muster des letzten Krieges die militärwirtschaftlichen Ressourcen dieses Landes durch langanhaltende Blockade zu schwächen“¹¹⁵.

Derartige Veröffentlichungen bildeten die propagandistische Overtüre zur Antwort der sowjetischen Diplomatie auf die britischen Noten vom 6. und 11. September 1939, mit denen Großbritannien die Seeblockade Deutschlands offiziell eröffnet hatte. Dies umfaßte auch die Kontrolle und Aufbringung von Schiffen, die Güter beförderten, die das militärische Potential des Gegners stärkten. Die Gegennote, die am

¹¹¹ BA-MA, RW 19, Anh. I/702, S. 36.

¹¹² Vladimir A. Nevežin, *Sindrom nastupatelnoj vojny. Sovetskaja propaganda v preddverii „svjaščennyh bojov“, 1939–1941*, Moskva 1997, S. 119.

¹¹³ O živom soobščeenii agenstva Gavas, in: *Pravda*, 30. 11. 1939, S. 3.

¹¹⁴ KTB SKL, Teil A, Bd. 2, S. 151 (Notiz vom 19. 10. 1939).

¹¹⁵ Lev Ivanov, *Vojna na more*, in: *Izvestija*, 17. 10. 1939, S. 2; Vgl. auch Außen- und militärischer Kurzbericht Nr. 6 Ausl.-Abwehr vom 21. 10. 1939, in: BA-MA, RW 5/v. 352, S. 1.

25. Oktober dem britischen Botschafter in Moskau, William Seeds, überreicht wurde¹¹⁶, enthielt recht schroffe Formulierungen, die Auskunft geben über die wenig guten sowjetisch-britischen Beziehungen als auch über Moskaus offenkundiges Bestreben, den Interessen Berlins so weit wie möglich entgegenzukommen. Letzteres war offenbar gelungen. Nach Einschätzung eines Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt hatte die Note „einen wunderbaren Eindruck bewirkt und die offiziellen Persönlichkeiten Deutschlands sehr erfreut“¹¹⁷. Das Propagandaministerium wies alle Zeitungen umgehend an, Meldungen über diese Note mit allen Einzelheiten auf den ersten Seiten zu veröffentlichen, und unterstrich dabei, es handele sich „um einen wichtigen Vorgang, der deutlich macht, daß die Sowjetunion absolut hinter der grundsätzlichen deutschen Auffassung steht“¹¹⁸.

Eine nicht unwesentliche Rolle bei der Unterstützung der „Friedens“-Propaganda des Deutschen Reichs spielte auch der in der „Iswestija“ veröffentlichte Artikel „Frieden oder Krieg“, der – bezeichnenderweise – drei Tage nach Hitlers Reichstagsrede vom 6. Oktober 1939 erschien, in der dieser seinen Appell an die Westmächte zur Anerkennung des Status quo auf dem Kontinent gerichtet hatte. In ihm manifestierten sich jene Grundsätze, die in der gemeinsamen Erklärung zum zweiten Besuch Ribbentrops in Moskau¹¹⁹ verkündet worden waren. Der Artikel lief auf die Behauptung hinaus, Hitlers Vorschläge könnten „auf jeden Fall eine reale und praktische Grundlage für die Verhandlungen darstellen, die für eine rasche Beendigung des Krieges sorgen würden“¹²⁰. Molotow wiederum äußerte in einem Gespräch mit Schulenburg, im Artikel „Frieden oder Krieg“ sei England „als Kriegsbrandstifter gebrandmarkt worden. Keiner anderer hat etwas derartiges getan.“¹²¹ In Berlin sorgte dieses Signal Moskaus für große Genugtuung. „Ein sehr positiver und entente-feindlicher Artikel in der ‚Iswestija‘, der unserem Standpunkt ganz gerecht wird“, vermerkte Reichspropagandaminister Goebbels in seinem Tagebuch. „Man vermutet, daß Stalin ihn selbst geschrieben hat“¹²². Er kommt uns im Augenblick außerordentlich zupass und wird mit Dankbarkeit vermerkt. Die Russen haben bis jetzt alle Versprechungen gehalten.“¹²³

¹¹⁶ Vgl. Note Molotows an den britischen Botschafter in der UdSSR William Seeds, in: DVP, T. XXII, kn. 2, Dok. 715, S. 215f.

¹¹⁷ Tagebuch des sowjetischen Botschafters in Deutschland Aleksandr Škvarcev, in: AVP RF, f. 082, op. 22, p. 93, d. 8, 1.268 (Eintragung vom 28. 10. 1939).

¹¹⁸ Anweisung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda Nr. 1316 vom 26. 10. 1939, in: BA, ZSg 101/14, S. 127.

¹¹⁹ Vgl. Erklärung der sowjetischen und deutschen Regierungen vom 28. 9. 1939, in: Izvestija, 29. 9. 1939, S. 1.

¹²⁰ Mir ili vojna, in: Izvestija, 9. 10. 1939, S. 1.

¹²¹ Aufzeichnung des Gesprächs Molotows mit Schulenburg vom 13. 11. 1939, in: DVP, T. XXII, kn. 2, Dok. 773, S. 287.

¹²² In Wirklichkeit war der Artikel von Ždanov verfaßt worden, in: RGASPI, f. 77, op. 1, d. 886.

¹²³ Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Rußlands, hrsg. und bearb. von Elke Fröhlich, Teil I, Aufzeichnungen 1923–1941, Bd. 7, Juli 1939–März 1940, München 1998, S. 145f. (Eintragung vom 10. 10. 1939).

Den besonderen Charakter der Beziehungen zwischen beiden Ländern unterstrich auch der Leiter der sowjetischen Wirtschaftsdelegation bei den Verhandlungen in Berlin, Iwan Tevossjan, indem er feststellte, die sowjetische Regierung wäre nicht bereit gewesen, „in ein x-beliebiges Land in solchen großen Mengen solche Arten von Rohstoffen zu liefern, wie sie nach Deutschland liefern“ werde¹²⁴. Dabei stammten diese Rohstoffe nicht alle aus der Sowjetunion selbst. Vielmehr ging diese so weit, einen Teil in Drittländern zu erwerben, auch in solchen, die Krieg gegen Deutschland führten, um dessen Rüstungsproduktion zu unterstützen. Ganz besonders betraf dies einige Metalle und Kautschuk¹²⁵. Die deutsche Führung, die darüber sehr wohl informiert war, sah deshalb nach anfänglichem Zögern davon ab, sich gegen den Abschluß des britisch-sowjetischen Vertrags über die Lieferung von Holz auf die Britischen Inseln im Austausch gegen strategische Rohstoffe wie Kautschuk und Zink auszusprechen, die dann zu einem beträchtlichen Teil nach Deutschland exportiert wurden. Moskau wurde lediglich nachdrücklich nahegelegt, die Transporte durch britische Schiffe durchführen zu lassen, was der deutschen Kriegsmarine die Möglichkeit bot, diese Frachten entweder abzufangen oder auch zu versenken¹²⁶.

In den langwierigen Verhandlungen¹²⁷ beharrte die deutsche Seite darauf, daß sie ohne entsprechende sowjetische Vorleistungen, dies betraf insbesondere die Lieferung von Rohstoffen, keine Rüstungsgüter an die UdSSR liefern könne. Für das Deutsche Reich wurde die Sowjetunion somit zu einem der wichtigsten Lieferanten von Rohstoffen und Nahrungsgütern: 1940 gingen 52 Prozent der gesamten sowjetischen Exporte nach Deutschland¹²⁸.

Im Gegenzug war die sowjetische Rüstungsindustrie vor allem an der Lieferung von Gütern aus dem Bereich See- und Luftstreitkräfte interessiert. In den ersten Aufträgen ging es dabei um große Schiffe, deren Bewaffnung oder um die entsprechenden technischen Unterlagen. Schon deshalb stellt sich die Frage nach dem Gegner, gegen den der Kreml die Überseeflotte einsetzen wollte; die Antwort liegt nahe. In dieselbe Richtung deutet jedenfalls ein Vorschlag Stalins, in der UdSSR nach deutscher Lizenz neueste Typen von Flugzeugen und Triebwerken herzustellen und ein Drittel der Produkte an Deutschland zu liefern¹²⁹. Ein solcher Vorschlag zeigt einmal mehr, daß die breit angelegte und zukunftsorientierte Zusammenarbeit mit dem na-

¹²⁴ Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Schiffsbauindustrie, Leiter der sowjetischen Wirtschaftsdelegation in Deutschland Ivan Tevossjan mit Botschafter z. B. V. Ritter vom 13. 11. 1939, in: AVP RF, f. 06, op. 1, p. 7, d. 69, l. 26.

¹²⁵ Vgl. Deutsche Außenhandelslage Nr. 1 OKW Wi Rü Amt/Wi Ia M1, 6. 12. 1939, in: BA-MA, RW 4/v. 308, S. 159.

¹²⁶ Vgl. KTB SKL, Teil A, Bd. 2, S. 93f., 170 (Notiz vom 11. 10. und 21. 10. 1939).

¹²⁷ Über die Standpunkte der verhandlungsführenden Parteien vgl. ausführlich Heinrich Schwendemann, Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion von 1939 bis 1941. Alternative zu Hitlers Ostprogramm?, Berlin 1993, S. 73–149.

¹²⁸ Vgl. ebenda, S. 259.

¹²⁹ Vgl. Rundschreiben des AA vom 1. 12. 1939, in: ADAP, Serie D, Bd. VIII, Dok. 407, S. 372.

tionalsozialistischen Deutschland, deren Umfang Stalin im Gespräch mit Ribbentrop bei dessen zweitem Besuch in Moskau umrissen hatte, alles andere als Phantasie war. Stalin war in der Tat bereit, ziemlich weit in diese Richtung zu gehen. In einem Gespräch mit Karl Ritter, dem Chef der deutschen Delegation bei den Wirtschaftsverhandlungen, sagte Stalin beispielsweise, er denke nicht daran, „den Handelsumsatz als einfachen kommerziellen Umsatz abzuwickeln“, er denke „an Beistand“¹³⁰.

Der besondere Charakter der deutsch-sowjetischen Beziehungen läßt sich auch an zwei weiteren Ereignissen ganz gut illustrieren. Bei seinem Auftritt in Danzig am 25. Oktober meinte Ribbentrop, die deutsch-sowjetische Zusammenarbeit sei auf allen Gebieten sehr eng; die UdSSR zähle neben Italien und Japan zu den „außenpolitischen Freunden Deutschlands“, „deren Interessen“ seien mit denen Deutschlands „solidarisch“¹³¹. Bei der Vorbereitung dieser Rede unternahm Ribbentrop einen beispiellosen Schritt, als er Stalin vorab jenen Teil seines Redeentwurfs „zur Abstimmung“ zuschickte, der die UdSSR betraf. Im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes liegt immer noch ein Exemplar, das Stalins Korrekturen an einem Absatz dieser Rede enthält und auf eine Äußerung des sowjetischen Führers in seinem Gespräch mit Ribbentrop von Ende September 1939 Bezug nimmt. Die Korrekturen gefielen dem Reichsaußenminister offensichtlich nicht, so daß der betreffende Absatz fortfiel¹³².

Ribbentrops Signal dürfte, so ist zu vermuten, bei Stalin auf größtes Entgegenkommen gestoßen sein. Davon zeugt auch jene Rede Molotows, welche der deutschen Außenpolitik weitestgehend entgegenkam und die in ihrer Offenheit den gestrichenen Absatz aus Ribbentrops Rede weit übertraf. Der sowjetische Regierungschef behauptete, Deutschland befinde sich in der Lage eines Staates, der „möglichst rasch das Ende des Krieges und den Frieden“ wünsche. Dagegen wollten die Regierungen Englands und Frankreichs „ein Ende des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens nicht sehen“; vielmehr suchten diese „immer neue Vorwände“, um „den Krieg mit Deutschland fortzusetzen“. So habe „die britische Regierung proklamiert, daß der Krieg gegen Deutschland nicht mehr und nicht weniger zum Ziel habe als die ‚Vernichtung des Hitlerismus‘“. Ein solcher Krieg lasse sich aber auf keinen Fall rechtfertigen, denn man könne „eine Ideologie nicht mit Gewalt vernichten, nicht durch Krieg auslöschen“¹³³.

¹³⁰ Aufzeichnung der Unterredung Stalins mit Ritter vom 31. 12. 1939, in: DVP, T. XXIII, kn. 1, Dok. 1, S. 8.

¹³¹ Rede Ribbentrops in Danzig vom 24. 10. 1939, in: Sowjetstern und Hakenkreuz 1938 bis 1941. Dokumente zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen, hrsg. von Kurt Pätzold/Günter Rosenfeld, Berlin 1990, Dok. 185, S. 269.

¹³² Vgl. Entwurf einer Rede des Reichsaußenministers, in dem aus einem Gespräch Stalins mit Ribbentrop am 23. 8. 1939 zitiert wird. Tatsächlich aber handelte es sich um Äußerungen vom 28. 9. 1939. Text mit Stalins Korrekturen, in: PA AA, Büro des Staatssekretärs, R 29687, S. 226176–226179; vgl. auch Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda. Vertraulicher Informationsbericht vom 24. 10. 1939, in: BA, ZSg 101/34, S. 543.

¹³³ Rede Molotows (wie Anm. 73), S. 1.

Diese Rede Molotows kam in Berlin sehr gut an. Der deutsche Delegationschef bei den sowjetisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen, Karl Ritter, eröffnete dem sowjetischen Botschafter in Deutschland, Aleksander Schkwarzew, in der Rede Molotows sei „alles gesagt“ worden, was die deutsche Seite „gewünscht und was sie erwartet“ habe¹³⁴. Auch Goebbels machte kein Hehl aus seiner Genugtuung; in sein Tagebuch schrieb er: „Molotow hat gesprochen. Sehr stark für uns. [. . .] Wir können mit dieser Rede zufrieden sein.“¹³⁵

Welch propagandistische Bedeutung diese Rede für die deutsche Seite besaß, gerade auch mit Blick auf ihre Gegner im Westen, zeigt beispielsweise die Tatsache, daß allein über Frankreich bereits am 10. und 11. November zwei Millionen Flugblätter mit Molotows Rede abgeworfen wurden¹³⁶.

V.

Die erstaunliche Harmonie, die während dieser Wochen die Zusammenarbeit der beiden Regime prägte, markierte wohl den Höhepunkt in ihren Beziehungen. In den folgenden Monaten wuchs freilich die Skepsis der deutschen Seite gegenüber dem Verbündeten im Osten, was wiederum ein Indiz ist für ihren harten politischen Pragmatismus. Hitler hatte selbst in diesen Monaten einer denkbar engen Zusammenarbeit nie das Hauptziel seiner Eroberungspolitik aus den Augen verloren. Bereits am 17. Oktober wies er in einer Besprechung mit dem Chef des OKW, Generaloberst Wilhelm Keitel, darauf hin, daß Polen ein „vorgeschobenes Glacis“ sei, das für den Aufmarsch der Wehrmacht genutzt werden könne. Deswegen hielt er es für erforderlich, die Verbindungswege, in erster Linie also die Autobahnen, in einwandfreiem Zustand zu halten¹³⁷. Und deswegen lehnte er es ab, moderne Waffensysteme an die UdSSR zu liefern; wenn überhaupt, dann keinesfalls auf Kosten der Wehrmacht¹³⁸. Selbst in jenen Fällen, in denen die Angebote der sowjetischen Seite Unterstützung fanden, wie etwa bei der Seekriegsleitung, behielt sich Hitler eine Entscheidung vor. Ohne dessen Zustimmung konnte aber kein Abkommen geschlossen werden¹³⁹. Hitlers Strategie war langfristig angelegt, seine Wendung vom August 1939 war allein taktischer Natur. In dieser Hinsicht agierte er konsequenter und pragmatischer als sein Kontrahent im Kreml.

Nichtsdestoweniger hielt das offizielle Berlin während des sowjetisch-finnischen Krieges noch an seiner Politik einer betont freundschaftlichen Neutralität gegenüber

¹³⁴ Tagebuch der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland, in: AVP RF, f. 082, op. 22, d. 7, l. 280 (Notiz vom 2. 11. 1939).

¹³⁵ Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 7, S. 178 (Eintragung vom 2. 11. 1939).

¹³⁶ Vgl. PA/AA, R 29688 (Notiz vom 9., 10. und 11. November 1939).

¹³⁷ Vgl. Notiz über die Besprechung des Führers mit dem Chef des OKW vom 17. 10. 1939, in: BA-MA, RW 4/596, S. 4.

¹³⁸ Vgl. Lagevorträge des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine, S. 44 (Vortrag am 10. 11. 1939).

¹³⁹ Vgl. ebenda, S. 57 (Vortrag vom 8. 12. 1939).

der UdSSR fest. Ungeachtet einer ablehnenden Haltung durch Vertreter verschiedener Kreise und Stellen in Deutschland gegenüber dieser Verhaltensweise, die sich umso deutlicher bemerkbar machte, je länger der Krieg dauerte¹⁴⁰, blieb die Einstellung Hitlers und Ribbentrops zu diesem Krieg unverändert. Zu Beginn des sowjetisch-finnischen Kriegs richtete der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Ernst Freiherr von Weizsäcker, an alle diplomatischen Vertretungen Deutschlands ein Rundschreiben, in dem diese aufgefordert wurden, „bei Gesprächen über finnisch-russischen Konflikt jede antirussische Nuance zu vermeiden“¹⁴¹. Vielmehr wollte man den „Winterkrieg“ nutzen, um die Propaganda gegen Großbritannien zu intensivieren. Die diplomatischen Missionen wurden daher informiert, dieser Krieg habe seine Ursache im britischen Einfluß auf Finnlands Politik. Dabei sei es nötig, so Ribbentrop in einem Runderlaß, der „Sympathie mit russischem Standpunkt Ausdruck zu geben“¹⁴². In einer Randbemerkung auf einem Telegramm vom 19. Dezember fand der Reichsaußenminister für die deutsche Haltung die folgende Formel: „Grundlage unserer Haltung zu den nordischen Fragen ist unsere Freundschaft mit Sowjetrußland.“¹⁴³

Faktisch manifestierte sich diese Haltung etwa in der wohlwollenden Einstellung der Seekriegsleitung, wenngleich diese kein Interesse an einem langen Krieg hatte, weil dieser den Handel mit den skandinavischen Staaten störte. Auch der Waffenhandel mit diesen Staaten wurde nun eingeschränkt oder im Falle Finnlands ganz eingestellt, das in dieser Hinsicht noch nicht einmal mehr als Transitland genutzt werden durfte¹⁴⁴.

Schon bald nach dem Überfall der Sowjetunion auf Finnland erörterte der Führungsstab der sowjetischen Kriegsmarine mit dem deutschen Marineattaché von Baumbach die Frage einer möglichen Zusammenarbeit bei einer Seeblockade gegen Finnland. Die sowjetischen Marineoffiziere wollten wissen, ob sowjetische U-Boote bei der Durchführung der Blockade-Maßnahmen im Bottnischen Meerbusen von den nach Nordschweden fahrenden deutschen Schiffen mit Brennstoff und Proviant versorgt werden könnten, um dadurch länger auf Gefechtsposition bleiben zu können. Die Umladung sollte unauffällig auf hoher See erfolgen. Die sowjetischen Marineoffiziere drängten auf rasche Antwort und wollten, im Falle einer positiven Reaktion Berlins, die erste dieser logistischen Operationen bereits einige Tage später vornehmen. Angesichts der zunehmenden Dauer dieses Krieges war das sowjetische Interesse groß, so daß der Kriegsmarine als Gegenleistung angeboten wurde, im Bedarfsfall in jedem Hafen der UdSSR entsprechend versorgt zu werden. Baumbach

¹⁴⁰ Vgl. Wipert von Blücher, *Gesandter zwischen Diktatur und Demokratie. Erinnerungen aus den Jahren 1935–1944*, Wiesbaden 1951, S. 170.

¹⁴¹ Runderlaß des Staatssekretärs vom 2. 12. 1939, in: ADAP, Serie D, Bd. VIII, Dok. 411, S. 376.

¹⁴² Runderlaß des Reichsaußenministers vom 7. 12. 1939, in: Ebenda, Dok. 423, S. 388; Dok. 429, S. 393.

¹⁴³ Randbemerkungen des Reichsaußenministers auf dem Telegramm des deutschen Gesandten in Helsinki vom 19. 12. 1939, in: Ebenda, Dok. 473, Anm. 1, S. 437.

¹⁴⁴ Vgl. Aufzeichnung des Legationsrats van Scherpenberg vom 4. 1. 1940, in: Ebenda, Dok. 507, S. 482.

und Schulenburg empfahlen nachdrücklich, dem sowjetischen Ansuchen stattzugeben, denn für Deutschland ergaben sich daraus einige Vorteile: Erstens würden Kompensationslieferungen von Brennstoff und Proviant beispielsweise im Fernen Osten die Möglichkeiten der Kriegführung gegen Großbritannien auf See wesentlich erweitern; zweitens könnte die Kriegsmarine dann zu einem späteren Zeitpunkt auf ähnliche Leistungen der sowjetischen Seestreitkräfte hoffen¹⁴⁵. Bereits am nächsten Tag wurde Moskau eine positive Antwort übermittelt, der die persönliche Entscheidung Hitlers zugrunde lag, über die er sowohl die Kriegsmarine als auch das Auswärtige Amt informierte¹⁴⁶. Jedoch zog die sowjetische Seite am 12. Dezember ihr eigenes Angebot wieder zurück. Über die Gründe der Absage wurde die Seekriegsleitung nicht informiert, die diese Entwicklung offenkundig bedauerte¹⁴⁷. Stalins Meinungswechsel dürfte sich zwischen dem 8. und dem 11. Dezember (in eben diesen Tagen wurde der Volkskommissar der Seestreitkräfte, Kusnezow, wiederholt zu ihm bestellt, wobei er am 8. September mehr als 6 Stunden in Stalins Arbeitszimmer verbrachte)¹⁴⁸ vollzogen haben und war wahrscheinlich politisch motiviert, da er die Reaktion der Westmächte auf diese weitgehende Zusammenarbeit mit Deutschland fürchtete.

Da Ribbentrop am 11. Dezember Schkwarzew offiziell über die deutsche Entscheidung bezüglich „der Möglichkeit der Versorgung sowjetischer U-Boote durch deutsche Schiffe“ informiert hatte¹⁴⁹, mußte Molotow auf die eingetretene Situation reagieren. Er tat es in wenig überzeugender Weise, indem er Schulenburg gegenüber erklärte, angeblich hätte „jemand von den sowjetischen Seeleuten [...] deutsche Schiffe um Versorgung unserer U-Boote gebeten. Dies ist ein Mißverständnis, und wenn es so etwas tatsächlich gegeben hat, so war es höchstwahrscheinlich die eigene Initiative irgendeines Mitarbeiters gewesen.“¹⁵⁰

Obwohl die Seeblockade Finnlands auch Folgen für die deutsche Handelsschifffahrt hatte – ein Schiff wurde versenkt, fünf weitere wurden beschossen und eines davon beschädigt¹⁵¹ –, waren weder die deutsche Seekriegsleitung noch Hitler daran interessiert, diese Störungen aufzubauschen: Davon zeugte die ausgesprochen sanfte Form, in der zwischen Molotow und Schulenburg am 17. Dezember über diese Probleme gesprochen wurde¹⁵².

¹⁴⁵ Vgl. Telegramm der Botschaft in Moskau an das AA vom 9. 12. 1939, in: Ebenda, Dok. 433, S. 398.

¹⁴⁶ Vgl. Aufzeichnung des Legationssekretärs Georg Federer (Pol. Abt.) vom 10. 12. 1939, in: Ebenda, Dok. 411, S. 376.

¹⁴⁷ Vgl. Gerd R. Ueberschär, *Hitler und Finnland 1939–1941. Die deutsch-finnischen Beziehungen während des Hitler-Stalin-Paktes*, Wiesbaden 1978, S. 110.

¹⁴⁸ Vgl. *Istoričeskij archiv, Moskva* (1995), Nr. 5–6, S. 61 f. (Eintragung im Besucherjournal des Arbeitszimmers Stalins im Kreml von 8. 12. und 11. 12. 1939).

¹⁴⁹ Telegramm Škvarcevs an Molotow vom 11. 12. 1939, in: DVP, T. XXII, kn. 2, Dok. 852, S. 390.

¹⁵⁰ Aufzeichnung des Gesprächs Molotovs mit Schulenburg vom 17. 12. 1939, in: Ebenda, Dok. 868, S. 420 f.

¹⁵¹ Vgl. Jürg Meister, *Der Seekrieg im finnisch-russischen Winterkrieg 1939/40*, in: *Marine-Rundschau*, H. 1, 1958, S. 70.

¹⁵² Vgl. Aufzeichnung des Gesprächs zwischen Molotow und Schulenburg vom 17. 12. 1939, in: DVP, T. XXII, kn. 2, Dok. 868, S. 419.

Da die Behauptung, Deutschland habe während des „Winterkriegs“ Waffen an Finnland geliefert, bislang keine dokumentarische Bestätigung gefunden hat, trifft die Erklärung Ribbentrops gegenüber Schkwarzew am 11. Dezember 1939 wohl zu. Dieser sprach von einer „absolut klaren loyalen Haltung Deutschlands im sowjetisch-finnischen Konflikt“, die sich nicht zuletzt darin geäußert habe, daß es „seit Beginn des Krieges zwischen Finnland und der UdSSR weder Waffenlieferungen aus Deutschland, noch Waffentransite über Deutschland, noch ein Überfliegen des deutschen Gebiets durch Flugzeuge in Richtung Finnland gegeben“ habe¹⁵³. Selbst im geheimen „Politischen Bericht der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland für 1939“ wurde zwar auf profinnische Stimmungen etwa in der deutschen Industrie oder in der Presse hingewiesen; faktische Verletzungen der Vertragsverpflichtungen aus Artikel 2 des sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakts durch Deutschland wurden aber nicht erwähnt. Vielmehr betonte der Bericht, die offiziellen Kreise in Berlin hätten „die ganze Zeit unterstrichen, daß Deutschland im sowjetisch-finnischen Konflikt strengste Neutralität bewahrt“. Um „der deutschen Neutralität größeren Nachdruck zu verleihen“, habe „Ribbentrop zu Beginn des sowjetisch-finnischen Krieges im ‚Völkischen Beobachter‘ einen Artikel veröffentlicht, der Finnland vorwarf, sich dem britischen Einfluß gefügt zu haben, und der auch behauptete, Deutschlands Beziehungen zu Finnland wären nie besonders gut gewesen“¹⁵⁴. Dieser Artikel erschien am 8. Dezember 1939 unter dem Titel „Deutschland und die finnische Frage“¹⁵⁵.

Das offenkundige Interesse beider Parteien an einer guten Zusammenarbeit war allein schon darin begründet, daß jene Aufgaben, die im August 1939 zum Abschluß eines Vertrags über die Aufteilung der Interessensphären in Europa geführt hatten, noch längst nicht erfüllt waren – Moskau und Berlin waren nach wie vor aufeinander angewiesen. Daran erinnerte der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Fritz Landfried, bei einem Empfang in der sowjetischen Vertretung, indem er darauf hinwies, daß sich „Deutschland und die UdSSR im Kriegszustand“ befänden und ihre Interessen „gegenwärtig“ übereinstimmten, denn Deutschland und die UdSSR müßten „den Krieg gewinnen“¹⁵⁶.

Die Intensität der Kontakte in ganz unterschiedlichen Bereichen war während dieser ersten vier Monate beispiellos. So traf sich Botschafter Schulenburg in dieser Zeit 59mal mit Vertretern der sowjetischen Führung, darunter viermal mit Stalin und Molotow, 44mal mit Molotow, dreimal mit Anastas Mikojan und achtmal mit Wladimir Potjomkin. Die deutsche wie auch die sowjetische Seite waren bemüht, von diesen gut funktionierenden Beziehungen so viel wie möglich zu profitieren. Davon zeugen auch einige Bitten, die verschiedene deutsche Instanzen damals an

¹⁵³ Telegramm Škvarcevs an Molotov vom 11. 12. 1939, in: Ebenda, Dok. 852, S. 390.

¹⁵⁴ Aus dem politischen Bericht der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland für 1939 vom 3. 5. 1940, in: Ebenda, Dok. 905, S. 486.

¹⁵⁵ Völkischer Beobachter, 8. 12. 1939, S. 1.

¹⁵⁶ Tagebuch Škvarcevs, in: AVP RF, f. 06, op. 1, p. 7, d. 69, l. 41 (Eintragung vom 18. 12. 1939).

die Sowjetunion richteten: von Bombenangriffen auf eine Reihe großer Industrieobjekte in Finnland abzusehen¹⁵⁷; auf Ersuchen des Oberkommandos der Luftwaffe sowjetische meteorologische Schiffe für zwei Monate in die Nähe der Britischen Inseln zu entsenden¹⁵⁸; aus der sowjetischen Botschaft in Paris eintreffende Meldungen über die Lage in Frankreich zur Verfügung zu stellen¹⁵⁹; ein Treffen zwischen einem persönlichen Vertreter Ribbentrops und einem Mitglied der französischen Sektion der Komintern zu ermöglichen, um „die französische Innenpolitik von den Zwangsmaßnahmen der gegenwärtigen Kriegsregierung zu befreien und die demokratische Freiheit wiederherzustellen“¹⁶⁰; Informationen über die Bewegungen aller Schiffe, mit Ausnahme der sowjetischen, um den Hafen Murmansk zu übermitteln¹⁶¹; an der Grenze zu Afghanistan und im Kaukasus, „ohne Aggressionsabsichten“, jedoch um „England von den Vorbereitungen im Balkan abzulenken“, aufzumarschieren bzw. „zumindest mögliche diesbezügliche Gerüchte nicht zu dementieren“¹⁶²; den antibritischen Aufstand in Afghanistan zu unterstützen, den die Abwehr vorbereitete und für dessen Gelingen „absolut aktive Mitwirkung Rußlands“ erforderlich sei¹⁶³; nach Wiederherstellung der Amanullah-Dynastie in Afghanistan deutsch-sowjetische Aktionen gegen Indien zu starten¹⁶⁴ usw., usw. Obwohl selbst die „harmloseste“ unter diesen Bitten die Aufforderung zu einer klaren Verletzung der offiziellen Neutralitätslinie einschloß, brachte dies Stalin kaum in Verlegenheit. Einigen dieser Bitten wurde durch die sowjetische Seite recht schnell stattgegeben, schon weil Stalin und seine Umgebung über die anhaltende Untätigkeit der Wehrmacht im Westen beunruhigt waren. Dies war jedenfalls das Hauptthema der Gespräche, die der sowjetische Botschafter in Berlin mit deutschen Diplomaten führte¹⁶⁵; offenbar hatte er die Weisung erhalten, um jeden Preis konkrete Informationen zu beschaffen. Seiner Frage, „wann die Deutschen angreifen wollen“, fehlte zumindest jede Spur von Diplomatie¹⁶⁶.

¹⁵⁷ Vgl. Potemkin an Šapošnikov vom 28. 12. 1939, in: AVP RF, f. 082, op. 22, p. 92, d. 1. l. 23.

¹⁵⁸ Vgl. Aufzeichnung der Unterredung Molotovs mit Schulenburg vom 4. 12. 1939, in: DVP, T. XXII, kn. 2, Dok. 834, S. 365f.; PA/AA, Botschaft Moskau, D Pol 3 geheim Mil Bd. 1 (15. 12. 1939).

¹⁵⁹ Vgl. PA/AA, Botschaft Moskau, SD Pol 2 geheim Krieg, Sonderakte, Bd. 1, S. 202763.

¹⁶⁰ Aufzeichnungen Schulenburgs für ein Treffen mit Potemkin vom 9. 1. 1940, in: ADAP, Serie D, Bd. VIII, Dok. 501, Anm. 1, S. 469.

¹⁶¹ Vgl. PA/AA, Botschaft Moskau, D Pol 2 geheim Mil Bd. 1 (17. 11. 1939).

¹⁶² Aufzeichnung der Unterredung Molotovs mit Schulenburg vom 13. 11. 1939, in: DVP, T. XXII, kn. 2, Dok. 773, S. 286; Aufzeichnung der Unterredung Molotovs mit Schulenburg vom 17. 11. 1939, in: Ebenda, Dok. 790, S. 313.

¹⁶³ BA-MA, RW 5/v.499, S. 30 (Notiz vom 7. 12. 1939); Aufzeichnung der Unterredung Molotovs mit Schulenburg vom 17. 12. 1939, in: DVP, T. XXII, kn. 2, Dok. 268, S. 420.

¹⁶⁴ Vgl. Aufzeichnung des AA vom 12. 12. 1939, in: ADAP, Serie D, Bd. VIII, Dok. 449, S. 413 ff.

¹⁶⁵ Vgl. Tagebuch Škvarcevs, in: AVP RF, f. 06, op. 1, p. 7, d. 69, l. 9 (Eintragung vom 3. 11. 1939); ebenda, d. 69, l. 56 (Eintragung vom 21. 11. 1939); ebenda, f. 082, op. 22, p. 93, d. 7, l. 350 (Eintragung vom 4. 12. 1939); PA/AA, R 29713, S. 111987 (Notiz vom 30. 1. 1940).

¹⁶⁶ Tagebuch Škvarcevs, in: AVP RF, f. 06, op. 1, p. 7, d. 69, l. 128 (Eintragung vom 4. 12. 1939).

So wie die deutsche Führung peinlichst darauf bedacht war, den Kreml durch keine unüberlegte Aktion während des sowjetisch-finnischen Krieges zu verärgern, war Moskau, ungeachtet des zähen Verlaufs der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen, bestrebt, alles zu vermeiden, was den „neuen sowjetisch-deutschen Beziehungen Abbruch tun könnte“¹⁶⁷, die „auf der soliden Grundlage der gegenseitigen Interessen aufgebaut sind“¹⁶⁸. Schkwarzew wurde deshalb durch die Leitung des Volkskornmissariats für Auswärtige Angelegenheiten gerügt, weil einige Angehörige der sowjetischen Vertretung am 26. November 1939 Arbeiterwohngebiete in Berlin besucht hatten. Nach Ansicht Moskaus waren „derartige Gruppenbesuche von Mitarbeitern der Bevollmächtigten Vertretung in Arbeitervierteln nicht nur nicht erforderlich, sondern auch absolut unzulässig“, denn dadurch ziehe die Vertretung „einen Verdacht auf sich, der bei den jetzigen Beziehungen zu Deutschland absolut unerwünscht“ sei¹⁶⁹.

VI.

Zieht man eine Bilanz der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit im Jahre 1939, so läßt sich feststellen, daß sich diese insgesamt überaus fruchtbar gestaltete; dies gilt ganz besonders für die deutsche Seite. Berlin hatte es bereits während der ersten Monate auf fast allen Gebieten verstanden, sich durch die mit Moskau abgeschlossenen Verträge strategisch wichtige Vorteile zu sichern. Letzten Endes sollte kein einziger der Verbündeten des Deutschen Reichs diesem während des Zweiten Weltkriegs solche strategischen Möglichkeiten bieten wie die Sowjetunion in den Jahren 1939/40, da sie die zumindest hypothetische Gefahr eines Zweifrontenkriegs beseitigte.

Für die sowjetische Seite fällt die Bilanz anders aus. Die sowjetische Führung hatte den Nichtangriffspakt mit Deutschland angeblich mit dem Ziel geschlossen, „das Feld möglicher militärischer Zusammenstöße in Europa einzuschränken“¹⁷⁰. Das hieß faktisch, daß es dem Kreml gelungen war, sich die Unterstützung der aggressivsten aller Mächte zu sichern, um unter dem Deckmantel des ausgebrochenen Krieges die eigene Expansionspolitik zu verwirklichen. Am 17. September 1939 waren die sowjetischen Truppen in Polen einmarschiert und hatten dabei gegen die zahlenmäßig unterlegenen und bereits merklich geschwächten polnischen Truppen gekämpft. Damit schloß sich die sowjetische Führung de facto den kriegführenden Mächten an, auch indem sie in einer offiziellen Erklärung ihres Regierungschefs die Tatsache einer aktiven Teilnahme der UdSSR an der militärischen Zerschlagung Polens bestätigte¹⁷¹.

¹⁶⁷ Aufzeichnung des Gesprächs zwischen Molotov und Schulenburg vom 8. 10. 1939, in: DVP, T. XXII, kn. 2, Dok. 668, S. 170.

¹⁶⁸ Rede Molotovs (wie Anm. 73), S. 1.

¹⁶⁹ Schreiben Potemkin an Škvarcev vom 29. 12. 1939, in: AVP RF, f. 06, op. 1, p. 7, d. 69, l. 153.

¹⁷⁰ Rede Molotovs (wie Anm. 29), S. 1.

¹⁷¹ Vgl. Rede Molotovs (wie Anm. 73), S. 1.

Gemeinsam mit Deutschland wurden die territoriale Teilung Polens verwirklicht, der polnische Staat und große Teile der polnischen Eliten wurden dabei vernichtet; gegenüber Teilen des polnischen Volkes wurde sogar eine pure Völkermordpolitik praktiziert. Die Gesellschaft „Memorial“ (Moskau) hat im Zentralarchiv des Föderativen Sicherheitsdienstes Rußlands ermittelt, daß im Jahr 1939 im sowjetisch besetzten Ostpolen mehr als 19300 Menschen verhaftet wurden, was 65,5 Prozent der insgesamt im gleichen Zeitraum in der UdSSR Verhafteten entsprach¹⁷². Insgesamt jedoch wurden vom 17. September bis 22. Juni 1941 mehr als 400000 Menschen inhaftiert oder deportiert, das heißt nicht weniger als drei Prozent der Bevölkerung der von der Sowjetunion annektierten ostpolnischen Gebiete¹⁷³. Massenverhaftungen unter der polnischen Intelligenz, allen voran von Professoren, Dozenten oder Lehrern, nährten den Gedanken, die Vernichtung der intellektuellen Elite Polens sei ebenfalls eines jener gemeinsamen deutsch-sowjetischen Ziele¹⁷⁴, über die es in dem bereits erwähnten gemeinsamen Kommuniqué verschleiernnd geheißt hatte, man wolle „der Bevölkerung Polens [. . .] helfen, die Bedingungen ihres staatlichen Daseins neu zu regeln“¹⁷⁵. Die Zahl der Opfer, wie überhaupt das Ausmaß an menschlichem Leid, aber auch der materielle Schaden, der Ostpolen durch die sowjetische Okkupation zugefügt wurde, ist erst noch auf der Grundlage von Akten zu bestimmen. Doch ist schon jetzt offensichtlich, daß sie vollkommen vergleichbar sind mit jenen Opfern und Demütigungen, die zur gleichen Zeit der Bevölkerung des von den Deutschen besetzten Teils Polens widerfuhr, ja diese vielleicht sogar übertrafen¹⁷⁶.

Nicht weniger tragisch war das Schicksal der baltischen Völker. Das Konzept, das die sowjetische Führung für diese Länder ausgearbeitet hatte, wurde in aller Offenheit in der Presse verkündet: „Unser großes Land bringt der Souveränität kleiner und militärisch schwacher Staaten große Achtung und Aufmerksamkeit entgegen. Die Sowjetunion mischt sich nie in deren innere Angelegenheiten ein, aber sie kann nicht zulassen, daß ein schwacher Nachbarstaat zu einem blinden Werkzeug in den Händen von Kriegsbrandstiftern wird.“¹⁷⁷ Gestützt auf die Geheimabkommen mit Berlin, zwang die sowjetische Führung die baltischen Staaten dazu, mit der UdSSR Verträge über gegenseitigen Beistand abzuschließen; der Weg zur Liquidierung ihrer Unabhängigkeit war damit offen. In jenen Fällen, wo die Gewaltandrohung – in der Sprache der sowjetischen Propaganda: „die Stalinsche Politik des Friedens und der

¹⁷² Vgl. Oleg Gorlanov, Arsenij Roginskij, *Ob arestach v zapadnyh oblastjach Belorussii i Ukrainy v 1939–1941 gg.*, in: *Repressii protiv poljakov i polskich graždan*, Vypusk 1, zusammengestellt von Aleksandr Gurjanov, Moskva 1997, S. 83.

¹⁷³ Vgl. ebenda, S. 96.

¹⁷⁴ Vgl. Donal O’Sullivan, *Die Sowjetisierung Osteuropas 1939–1941*, in: *Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte* 2 (1998), S. 131.

¹⁷⁵ *Deutsch-sowjetisches Kommuniqué* (wie Anm. 49).

¹⁷⁶ Vgl. Jan T. Gross, *Die Sowjetisierung Ostpolens 1939–1941*, in: *Zwei Wege nach Moskau. Vom Hitler-Stalin-Pakt bis zum „Unternehmen Barbarossa“*, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamts hrsg. von Bernd Wegner, München/Zürich 1991, S. 72.

¹⁷⁷ *Stalinskaja politika mira i družby narodov*, in: *Komsomol’skaja pravda*, 2. 10. 1939, S. 1.

Völkerfreundschaft¹⁷⁸ – nicht griff, bediente man sich der offenen, nackten Gewalt. Gegen Finnland, das sich keinem Diktat beugen wollte, wurde 1939 ein Krieg eröffnet, der dreieinhalb Monate dauerte. Der satzungsgemäße Ausschluß der UdSSR aus dem Völkerbund als Aggressorstaat war der Preis für die außenpolitischen „Erfolge“ der UdSSR im Jahr 1939.

Trotzdem verschlechterte sich, im ganzen gesehen, mit diesem Vorstoß der UdSSR nach Westen ihre militärstrategische Situation, denn die ohnehin nur dürftig gesicherten Grenzen der Sowjetunion zu Deutschland vergrößerten sich dadurch ganz erheblich. Was die Exportpolitik der UdSSR betrifft, so nahm diese erst in den letzten Monaten des Jahres 1939 überhaupt Gestalt an, doch ihr Charakter – die Umorientierung des Exports von strategischen Rohstoffen und Nahrungsmitteln auf Deutschland – wurde von Stalin in dieser Zeit definiert.

VII.

Ohne eine Bewertung des sowjetischen Verhaltens nach den Normen des *damals geltenden* Völkerrechts wäre diese Studie unvollständig. Ausgangspunkt ist dabei selbstverständlich der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939, denn er bildete die Grundlage für eine ganze Reihe rechtswidriger Aktionen seitens der UdSSR. Das Völkerrecht gebietet, „keine Verträge abzuschließen, die den Verpflichtungen aus früheren Verträgen zuwiderlaufen“¹⁷⁹. Bereits mit dem Abschluß dieses Vertrags verstieß die sowjetische Regierung gegen Artikel 3 des Nichtangriffsvertrags zwischen der UdSSR und Polen, der am 25. Juli 1932 für drei Jahre geschlossen und dann am 5. Mai 1934 bis Ende 1945 verlängert worden war, wie die gemeinsame Erklärung beider Regierungen vom 27. November 1938 noch einmal bestätigt hatte. In diesem Artikel verpflichteten sich die UdSSR und Polen, an keinem Abkommen teilzunehmen, das gegen die jeweils andere Partei gerichtet wäre¹⁸⁰. Faktisch war der deutsch-sowjetische Pakt in erster Linie gegen Polen gerichtet, das in wenigen Tagen von Deutschland angegriffen werden sollte, präsentierte er sich doch in seinem veröffentlichten Teil de jure als ein Vertrag über uneingeschränkte Neutralität jeder der beiden Parteien gegenüber jeglichen Aktionen der jeweils anderen Partei; das heißt, der Vertrag gewährte dem Aggressor volle Handlungsfreiheit.

Was rechtfertigt eine derartige Interpretation des Haupttextes des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts? Vor allem, daß in ihm ein Artikel fehlte, der in den von der UdSSR in den dreißiger Jahren unterzeichneten Nichtangriffsverträgen mit europäischen Staaten (Finnland, Lettland, Estland, Polen, Frankreich, Italien) üblich gewe-

¹⁷⁸ Ebenda, S. 1.

¹⁷⁹ Lassa F. L. Oppenheim, *International Law*, 2 Bde., London 1947, hier Bd. 1, § 503, S. 805.

¹⁸⁰ Vgl. Nichtangriffsvertrag zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Polnischen Republik vom 25. 7. 1932, in: *Vnešnjaja politika SSSR. Sbornik dokumentov*, hrsg. von Boris Štejn, Moskva 1945, T. III, Dok. 176, S. 557.

sen war und vom Narkomindel (Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten) als „unveränderlicher Bestandteil jeglichen Nichtangriffspakts“ betrachtet wurde¹⁸¹; ihm zufolge trat eine Nichtangriffs-Übereinkunft in dem Fall außer Kraft oder wurde einer der vertragsschließenden Parteien das Recht eingeräumt, diese Vertragsbindung aufzulösen, wenn die andere Seite einen beliebigen dritten Staat angriff. Das Fehlen eines derartigen Artikels im deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt war nicht nur ein fehlender Sicherungsmechanismus gegen mögliche Aggressionen, vielmehr spornte es zu solchen an. Denn mit dem Angebot unbegrenzter Neutralität beider Seiten bei allen Handlungen der Gegenseite wurde mit dem „Nichtangriffsvertrag“ einem Aggressor volle Handlungsfreiheit eingeräumt. Darauf weist auch die Formulierung des Artikels II des deutsch-sowjetischen Vertrags hin: „Falls einer der Vertragsschließenden Teile Gegenstand kriegerischer Handlungen seitens einer dritten Macht werden sollte, wird der andere Vertragsschließende Teil in keiner Form diese dritte Macht unterstützen.“¹⁸² Aus völkerrechtlicher Sicht stand der veröffentlichte Teil des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts, insbesondere vor dem Hintergrund der politischen Situation Ende Sommer 1939, zweifellos in offenem Widerspruch zu den Verpflichtungen, die die sowjetische Führung früher gegenüber Polen eingegangen war. Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Maksim M. Litvinov hatte bereits 1934, nicht ohne Prophetie, bemerkt: »[...] zweiseitige Nichtangriffspakte dienen nicht immer der Sache des Friedens. Selbst der notorisch aggressivste Staat kann Nichtangriffspakte mit einzelnen Staaten abschließen, um freie Hand zu bekommen und sein Hinterland oder seine Flanken für Angriffe auf andere Staaten zu sichern.«¹⁸³

Was nun das geheime Protokoll betrifft, das in den Worten der sowjetischen Führung einen „integrierten Bestandteil des Paktes“ bildete¹⁸⁴, so war hier unmißverständlich die territorial-politische Neugestaltung und Aufteilung der Interessensphären in Osteuropa fixiert, dessen erstes Opfer Polen werden sollte. Die darauffolgende sowjetische Politik macht deutlich, daß die Sowjetunion bereits in den ersten Tagen des Zweiten Weltkriegs bereit war, ihre Neutralität zugunsten Deutschlands aufzugeben: Bekanntgabe des Aufmarschs sowjetischer Truppen an der sowjetisch-polnischen Grenze Ende August; teilweise Mobilmachung der Reservejahrgänge; Versetzung der Truppen des Ukrainischen und des Belorussischen Sonderwehrbezirks in erhöhte Gefechtsbereitschaft und die Verlegung der Angriffswelle in unmittelbare Nähe der sowjetisch-polnischen Grenze; Einsatz des Senders der Stadt Minsk ab 1. September als Funkfeuer für deutsche Flugzeuge, die über polnischem Gebiet Gefechtsaufgaben erfüllten; Erteilung der Genehmigung für die Verwendung des Ha-

¹⁸¹ Aufzeichnung des Gesprächs des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR Maksim Litvinov mit dem Außenminister Polens Josef Beck vom 13. 2. 1934, in: DVP, SSSR, T. XVII, Dok. 53, S. 133.

¹⁸² ADAP, Serie D, Bd. VII, Dok. 228, S. 205; DVP, T. XXII, kn. 1, Dok. 484, S. 631.

¹⁸³ Interview Litvinovs, in: Izvestija, 29. 6. 1934, S. 1.

¹⁸⁴ Denkschrift Molotovs an Schulenburg vom 17. 8. 1939, in: DVP, T. XXII, kn. 1, Dok. 470, Anhang, S. 612.

fens Murmansk für den Umschlag deutscher Frachten und den Aufenthalt deutscher Passagier- und Frachtschiffe; antipolnische Propaganda in den Zeitungen und Nachdruck von deutschen Presseartikeln einschließlich der Reden Hitlers und der Meldungen des OKW usw.

Im Völkerrecht wird Neutralität definiert „als Haltung der Unparteilichkeit“. Sie umfaßt „die Verpflichtung, sich der aktiven wie auch passiven Unterstützung eines kriegführenden Landes zu enthalten“¹⁸⁵. Tatsächlich aber begann die sowjetische Führung bereits in den ersten Tagen und Wochen des Zweiten Weltkriegs die Vernichtung Polens vorzubereiten.

Ein qualitativer Wandel in der Außenpolitik der UdSSR vollzog sich im Morgengrauen des 17. September 1939. In seiner offiziellen Rundfunk-Erklärung begründete Molotow ausführlich den Befehl der sowjetischen Führung an die Rote Armee, „die Grenze zu überschreiten und Leben und Eigentum der Bevölkerung der Westukraine und Westbelorußlands unter ihren Schutz zu nehmen“. In der „Iswestija“ wurde dies tags darauf folgendermaßen erläutert: Erstens hätten „die Ereignisse, die der polnisch-deutsche Krieg hervorgerufen habe, [...] die innere Haltlosigkeit des polnischen Staates bewiesen“, der „polnische Staat und die polnische Regierung“ hätten „faktisch aufgehört zu existieren“; infolgedessen seien, zweitens, „die Verträge, die zwischen der Sowjetunion und Polen geschlossen wurden, außer Kraft“, und, drittens, sei die Sowjetregierung „bis zum letzten Augenblick neutral geblieben“, aber sie könnte „in Anbetracht der angeführten Umstände sich der geschaffenen Lage gegenüber nicht länger neutral verhalten“¹⁸⁶.

Wie sind diese Argumente aus der Sicht des Völkerrechts zu bewerten?

„1) Ein Staat besteht im Sinne des Völkerrechts auch dann fort, wenn er *vorübergehend* nicht die Zentralgewalt besitzt, denn er wird nicht allein durch seine Zentralregierung, sondern auch durch *alle* ihre Organe repräsentiert. [...] Selbst die Besetzung seines gesamten Territoriums durch den Gegner (*debellation*) setzt der Existenz des besiegtten Staates kein Ende. [...] Deswegen bleibt der Staat dasselbe Subjekt des Völkerrechts, solange das Volk dieses Staates nicht *endgültig* durch den jeweils anderen Staat verschlungen bzw. zwischen einigen Staaten aufgeteilt wird.“¹⁸⁷

2) Aus Sicht des Völkerrechts verlieren politische Verträge zwischen Staaten ihre Gültigkeit aufgrund der Vernichtung einer der Vertragsparteien oder infolge eines Krieges, der „alle politischen Verträge zwischen den kriegführenden Ländern aufhebt“¹⁸⁸.

3) Im Völkerrecht endet die Neutralität, falls ein „bislang neutraler Staat einen Krieg gegen eines der kriegführenden Länder beginnt“, etwa weil es für den bislang neutralen Staat „nicht mehr angemessen zu sein scheint, noch länger neutral zu bleiben“. In solchen Fällen handelt es sich um eine schwere Verletzung des Völkerrechts,

¹⁸⁵ Oppenheim, Law, Bd. II, § 297, S. 520f.

¹⁸⁶ Rundfunk-Ansprache Molotovs am 17. 9. 1939, in: Izvestija, 18. 9. 1939, S. 1.

¹⁸⁷ Alfred Ferdross, *Meždunarodnoe pravo*, Moskva 1959, S. 232f.

¹⁸⁸ Oppenheim, Law, Bd. I, § 541, S. 851; Bd. II, § 99, S. 245.

denn „wenn die Neutralität faktisch und rechtlich bereits in Kraft getreten ist, darf ein neutraler Staat, dem als Mitglied des Völkerbundes Verpflichtungen auferlegt sind, diesen nicht entsagen, es sei denn, dies geschieht aus Gründen, die mit der Ursache des gegenwärtigen Krieges nichts zu tun haben“¹⁸⁹.

4) Das Völkerrecht unterscheidet bei Kriegen zwischen Haupt- und Nebenteilnehmern. Nebenteilnehmer „sind solche Staaten, die eine kriegführende Hauptpartei [. . .] mit Hilfe und Beistand versorgen“¹⁹⁰. Durch den Eintritt in den deutsch-polnischen Krieg wurde die UdSSR zu einer Partei, die zusammen mit Deutschland den Krieg führte. Dabei unterstützte sie nicht allein diesen Hauptteilnehmer des weltweiten Konflikts, sondern erlangte schon mit ihren Kampfhandlungen selbst den Status einer kriegführenden Partei. Gemeinsam kriegführende Staaten müssen nicht zwingend Verbündete sein, das heißt, ihre Beziehungen müssen nicht zwangsläufig auf einem Bündnisvertrag basieren, sondern können auch in ihrer Zielrichtung bei einem Krieg oder einem einzelnen Feldzug in ihrem Wesen übereinstimmen.

Die angeführten Bestimmungen beweisen damit eindeutig, daß: a) der polnische Staat am 17. September 1939 nicht aufgehört hatte zu existieren und weiterhin Bestandteil des Völkerrechts blieb; b) die bestehenden Verträge zwischen der UdSSR und Polen indes tatsächlich ihre Gültigkeit verloren, da die UdSSR durch ihren Einfall in das Territorium eines souveränen Staates Kampfhandlungen gegen eine der kriegführenden Parteien – Polen – eröffnet hatte; c) das Fehlen einer formellen Kriegserklärung sowohl seitens der UdSSR als auch seitens Polens am Wesen der Angelegenheit nichts ändert, denn gemäß Völkerrecht sind „Feindseligkeiten eines neutralen Staates gewaltsame Aktionen, die zum Zwecke des Angriffs auf ein kriegführendes Land geführt werden. Dies sind kriegerische Handlungen, die zwischen dem betreffenden neutralen und kriegführenden Land einen Kriegszustand erzeugen“¹⁹¹. Unter dieser Perspektive war das Ende der sowjetischen Neutralität während des deutsch-polnischen Kriegs und der Einfall der Sowjetunion mit starken Kräften in das Gebiet eines souveränen Staates zweifelsohne ein Akt von Krieg und Aggression¹⁹², ihr Eintritt in den deutsch-polnischen und damit auch in den Zweiten Weltkrieg.

Mit der Zerschlagung Polens durch deutsche und sowjetische Truppen endete lediglich der erste Akt des Zweiten Weltkriegs. Seine aktiven Teilnehmer bereiteten sich auf den nächsten Akt vor: Deutschland rüstete für den Westfeldzug, die UdSSR für den Krieg gegen Finnland, das sich geweigert hatte, einen Pakt über gegenseitigen Beistand zu schließen, ganz im Gegensatz zu Estland, Lettland und Litauen, die damit ihre Unabhängigkeit widerstandslos aufgeben hatten. Bei den Vorbereitungen

¹⁸⁹ Ebenda, Bd. II, § 312, S. 533.

¹⁹⁰ Ebenda, Bd. II, § 77, S. 201.

¹⁹¹ Ebenda, Bd. II, § 320, S. 546.

¹⁹² Vgl. Konvention über die Definition von Aggression vom 3. 7. 1933, in: DVP, T. XVI, Dok. 213, S. 390.

zum Angriff auf Finnland, die praktisch schon Anfang Oktober 1939 begannen¹⁹³, hatten die Sowjets offensichtlich vom deutschen Vorbild gelernt; hierzu gehörten: Gebietsansprüche, die den sowjetisch-finnischen Vertrag über Nichtangriff und friedliche Beilegung von Konflikten von 1932 grob verletzten; eine hemmungslose antifinnische Kampagne in der Presse, Inszenierung eines angeblich von finnischem Gebiet aus erfolgten Feuerangriffs auf sowjetische Truppen im Ort Mainila (nach dem Rezept des „Angriffs“ auf den Sender Gleiwitz); Abbruch der diplomatischen Beziehungen und schließlich ein als „Blitzkrieg“ geplanter Krieg, der nach 115 Tagen erbitterter Kämpfe unter kolossalen Verlusten mit einem Pyrrhussieg (sowjetischerseits beteiligten sich bis zu 960 000 Mann, von denen 131 000 Mann starben¹⁹⁴, eine mehr als doppelt so hohe Zahl als die deutschen Verluste im Verlaufe des gesamten ersten Kriegsjahres¹⁹⁵) und mit einer noch größeren außenpolitischen Niederlage der UdSSR endete. In diesem Fall handelte es sich schon um den Überfall eines kriegführenden auf einen neutralen Staat; möglich wurde das allein durch die geheimen Abkommen zwischen der UdSSR und Deutschland. Es gibt keinerlei Veranlassung, den sowjetisch-finnischen Krieg aus dem Zweiten Weltkrieg zu isolieren, wie es immer noch viele Historiker tun. Den Angriff Deutschlands auf das neutrale Norwegen im April 1940 könnte man sonst ebenfalls in diesem Sinne interpretieren.

Im Laufe dieses „Winterkriegs“ wurde die Sowjetunion durch die internationale Gemeinschaft demokratischer Staaten nicht nur verurteilt, die sie als Aggressor aus dem Völkerbund ausschlossen. Diese Politik hätte beinahe zu einem Krieg mit den Westmächten geführt, welche die Entsendung eines großen Expeditionskorps zur Unterstützung Finnlands planten und Luftangriffe auf die kaukasischen Ölfelder erwogen¹⁹⁶. Für die Sowjetunion spitzte sich die Situation in einer sehr gefährlichen Weise zu. Hätte der Krieg gegen Finnland noch länger gedauert und hätte die Wehrmacht nicht ihre Offensiven im Norden und Westen eröffnet, dann hätte – so ein russischer Historiker rückblickend – der „Große Vaterländische Krieg für die UdSSR bereits 1940 [...] beginnen“ können¹⁹⁷! Eine vielleicht etwas zugespitzte Deutung, doch kommt sie der Wahrheit recht nahe.

Wie bereits festgestellt, unterstützte die Sowjetunion die deutsche Strategie gegen Großbritannien in der Phase zwischen Polenfeldzug und dem Krieg gegen Finnland vor allem im propagandistischen Bereich und im Seekrieg. Sieht man einmal ab vom

¹⁹³ Vgl. Bericht des Volkskommissariats für Eisenbahnverkehr an Stalin „Über die Lehren der militärischen Eisenbahntransporte und der Arbeit im Winter 1939/1940“ vom 21. 4. 1940, in: RGASPI, f. 81, op. 3, d. 337, l. 2.

¹⁹⁴ Vgl. Ocho Manninen, *Moščnoe sovetskoe nastuplenie*, in: *Simnjaja vojna 1939–1940*, Bd. 1, *Političeskaja istorija*, hrsg. von Oleg Ržeševskij/Olli Vechvilajnen, Moskva 1998, S. 325.

¹⁹⁵ Vgl. Hans Umbreit, *Der Kampf um die Vormachtstellung in Westeuropa*, in: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2, S. 307.

¹⁹⁶ Vgl. ausführlich Hans-Joachim Lorbeer, *Westmächte gegen die Sowjetunion 1939–1941*, Freiburg 1975.

¹⁹⁷ Vgl. Lev Bezymenskij, *Velikaja Otečestvennaja v ... 1940 godu?*, in: *Meždunarodnaja žizn'*, Nr. 8, 1990, S. 103–116.

faktischen Kriegseintritt der Sowjetunion am 17. September 1939 und betrachtet diese weiterhin als neutralen Staat, dann hätte schon die erwähnte Politik einer massiven Unterstützung Deutschlands den angeblich neutralen Status der Sowjetunion gravierend verletzt. Während der ersten vier Monate des Zweiten Weltkriegs war die sowjetische Politik in ihrer Konsequenz direkt oder indirekt gegen die Westmächte gerichtet; dies alles konterkarierte deren Wirtschaftsblockade gegen Deutschland – ein „Erfolg“, über den die sowjetische Presse stolz berichtete. Dem Völkerrecht zufolge gibt ein neutraler Staat, der einer kriegführenden Partei Beistand gewährt, „allein durch diesen Umstand die Neutralität auf und kann nicht mehr als neutral angesehen werden“¹⁹⁸.

Die Sowjetunion, die Deutschland einseitig Hilfe und Unterstützung gewährte, war schon allein deswegen nicht mehr als neutraler Staat zu betrachten, was zumindest rechtlich England und Frankreich eine legitime Handhabe für Maßnahmen gegen die Sowjetunion bot. Dies konnte auch Luftangriffe auf die sowjetischen Ölfelder im Kaukasus oder die Entsendung von Truppen zur Unterstützung Finnlands umfassen, bis hin zu einer Kriegserklärung an einen Staat, der allein schon durch seine Unterstützung des nationalsozialistischen Deutschlands seine Neutralität unwiderruflich verloren hatte. Die britischen und französischen Politiker zögerten jedoch, weil sie fürchteten, dies würde Hitler in die Hand spielen und Stalin noch mehr in dessen Arme treiben. Dabei hatte der britische Botschafter in Moskau, William Seeds, gemeint, ihm persönlich „hätte es Spaß gemacht, dies Herrn Molotow auszurichten“¹⁹⁹.

Der Kreml jedenfalls hielt eine solche Entwicklung für möglich, was einmal mehr beweist, daß Stalin und seine Umgebung sich über den Charakter ihrer internationalen Politik, die sich ausschließlich auf offene und geheime Abkommen mit Deutschland stützte, durchaus im klaren waren. Es spricht für sich, wenn der Nichtangriffspakt am ersten Jahrestag seiner Unterzeichnung als „eines der wichtigsten Dokumente in der Geschichte der internationalen Beziehungen unserer Epoche . . .“ charakterisiert wurde²⁰⁰ und die Beziehungen zu Deutschland als eine „mit Blut besiegelte Freundschaft“²⁰¹. Mit bemerkenswerter Offenheit wurde hier die Aggressions- und Eroberungspolitik beider totalitärer Regime während der Jahre 1939/40 beim Namen genannt.

Man kommt also nur schwerlich um die Einsicht herum, daß alle bewaffneten Konflikte, alle Kriegshandlungen, alle gewaltsamen Annexionsakte unabhängig von ihrer Intensität, ihrer Dauer und ihren Auswirkungen in der Zeit vom 1. September 1939 bis 2. September 1945 Teile des Zweiten Weltkriegs waren. Nur unter dieser Perspektive läßt sich die angeblich ungelöste Frage beantworten, wann die Sowjetunion denn nun in den Zweiten Weltkrieg eingetreten ist.

¹⁹⁸ Gennadij M. Melkov, *Nejtralitet v vojne*, in: *Sovetskij ežegodnik meždunarodnogo prava*, 1978, Moskva 1980, S. 245.

¹⁹⁹ Zit. nach Bezymenskij, *Velikaja Otečestvennaja*, S. 104f.

²⁰⁰ *Godovščina sovetsko-germanskogo pakta*, in: *Pravda*, 23. 8. 1940, S. 1.

²⁰¹ *Stalins Telegramm an Ribbentrop*, in: *Pravda*, 25. 12. 1939, S. 4.